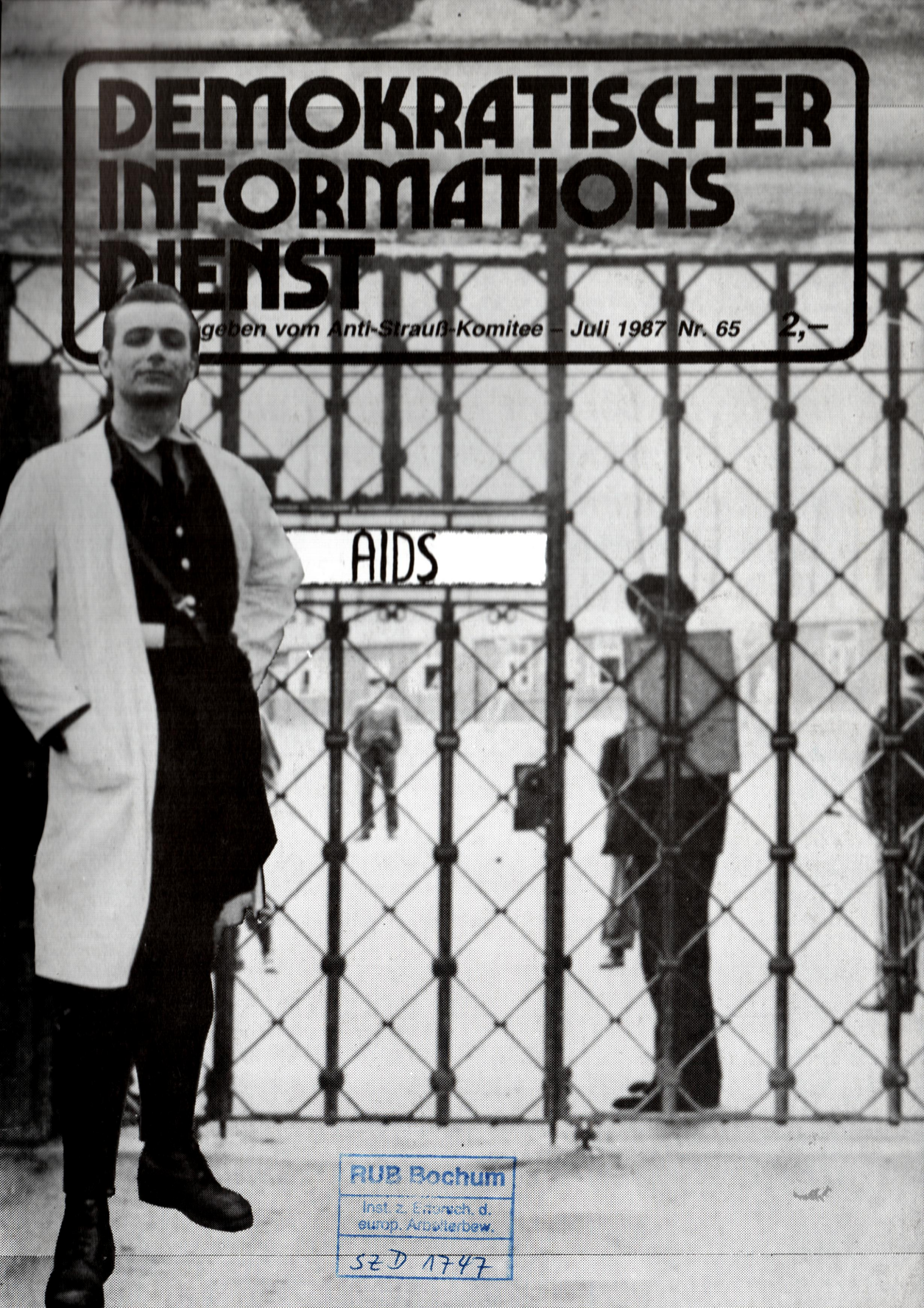


DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

gegeben vom Anti-Strauß-Komitee — Juli 1987 Nr. 65

2,—



AIDS

RUB Bochum

Inst. f. Entwickl. d.
europ. Arbeiterbew.

SED 1747

Ministerium für Volksgesundheit	3	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2 Neuhauser 51	21 19 - 1
AIDS: In Bayern kommt man voran beim Abbau der Demokratie	5	83 Albert-Schweitzer-62	67 97 - 1
Angst macht mobil	7	Bayerisches Landesamt für Umweltschutz 81 Rosenkavalierpl. 3	92 14 - 1
Das größte Schwein im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant	9	Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz 2 Neuhauser 51	21 28 - 1
Der Papst war da	13	Telefonbuch für München (Ausriß).	
Der Müll, die Stadt und der Tod: Wallmann ist zurück	18	Fotos auf Seite 6, 14, 15, 21, 28, 30 : argum	
Die Müncher SPD: Lieber mit Straußens CSU	19	Karikaturen auf Seite 10-12 und Titelmontage : ASK	
Hans Klein	20		
Strauß in Aktion	21		
Antifaschisten in Aktion	28		

Die Russen kommen

Toll, mitten auf dem Königsplatz landet am 26.5. um 19.27 Uhr, nachdem sie dreimal das Münchner Rathaus und die Staatskanzlei umkreist hat, eine Sportmaschine. Auf dem Heck deutlich sichtbar der rote Stern!

Ein junger Mann schwingt sich aus dem kleinen Flugzeug. „Zdrastvot je“ ruft er fröhlich (das ist russisch und heißt soviel wie „Servus“). Krisensitzung im Kanzleramt! Kohl vergleicht routiniert den Piloten mit der Nazi-Wehrmacht und Gorbatschow mit dem „Fliegergeneral“ Göring.

Strauß erinnert an das russische Un- und Untermenschen-tum: „Stellen Sie sich vor, dort wäre gerade eine Frau mit Kinderwagen vorbeigegangen!“ Das „Deutschlandmagazin“ bringt eine Sondernummer heraus über Vergewaltigungen deutscher Frauen durch russische Soldaten. Autor: Gerhard Löwenthal.

Wörner entfernt den ewig betrunkenen Luftwaffeninspekteur und fordert Verfüffachung der Mittelstreckenraketen.

Der Krisenstab erklärt: Null-Null-Lösung endgültig vom Tisch; Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr, zugunsten des Dienstes am Vaterland; Recht auf Kriegsdienstverweigerung ab sofort außer Kraft gesetzt ... denn die Russen sind ja schon zweimal ...

Es waren aber nicht die Russen, sondern die Deutschen.

Es war auch nicht der Königsplatz, sondern der Rote Platz in Moskau. Da wollten die Deutschen schon zweimal hin.

Dieter Kronzucker vom Heute-Journal war beeindruckt: Was die Wehrmacht nicht geschafft hat, schafft dieser junge Deutsche ganz allein! Toller

Typ! Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Würzbach (CDU) zieht den einzig richtigen Schluß: Was Mathias Rust gemacht hat, „das müssen unsere Piloten auch tun können“: die Radargeräte im Tiefflug überlisten. Er sieht in dem Flug von Rust den Beweis für die Notwendigkeit der Tiefflugausbildung in der Luftwaffe. (Würzbach in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk). Richtig, vielleicht gelingt es dann doch endlich einer deutschen Wehrmacht, auf dem Roten Platz einzumarschieren.

Und der Sportsfreund Strauß, der schon 1956 das Reich der Sowjet-

union von der Landkarte streichen wollte (N.N. 13.11.56), bestätigte Rust, den er zärtlich „Lausbub“ nennt, eine „phantastische Meisterleistung“.

Wir vom Demokratischen Informationsdienst fordern die sowjetische Regierung auf, alles dafür zu tun, daß Rust seinem Verbrechen gemäß abgeurteilt wird und seine Strafe vollständig verbüßt, egal, ob er als armer Irrer oder als „Einzeltäter“ oder im Komplott mit anderen gehandelt hat.

Es muß unbedingt vermieden werden, daß der Eindruck entsteht, als hätten die Deutschen ein Recht auf den Roten Platz.

Abreibung von Strauß

Ministerpräsident stellt Eisenmann zur Rede

MÜNCHEN (SZ) - Ministerpräsident Franz Josef Strauß stellte am Rande der Haushaltsdebatte des Landtags am Vormittag seinen Agrarminister Hans Eisenmann mit heftigen Worten zur Rede. Wie es hinterher hieß, habe Strauß auf Grund seines Gesprächs am Vortag mit Bundesumweltminister Wallmann wissen wollen, warum Entsorgungswege wie etwa ein Ionenaustausch für die Molke oder andere Lösungen in Bayern nicht früher erwogen oder gefunden worden seien. Eisenmann, fast eine Viertelstunde in gebückter Haltung hinter der Rückenlehne des schimpfenden Ministerpräsidenten auf der Regierungsbank, sei nach dieser „Abreibung“ bleichen Gesichtes davongegangen. In seiner Umgebung war zu hören, das Argument, mit dem Ionenaustausch ließen sich bislang nur wesentlich kleinere Massen als die vorliegende Menge radioaktiv belasteter Molke bewältigen, habe ihm zumindest psychologisch nichts genützt.

32.12.87

sc

Gauweiler ist kein Leisetreter. Der neue kleine bayerische Staatssekretär des Inneren hat bereits das Image mindestens eines Sonderministers. Er sorgt sich um das Volk: daß der Maßkrug bis zum Eichstrich gefüllt ist, daß die Prostitution nicht die deutsche Familie gefährdet, und daß die Penner das Stadtbild nicht verschandeln.

Das in München neu geschaffene **Ministerium für Volksgesundheit** – man sorgt sich um sein Volk

Die Zeit der Seuchen schien vorbei. Nun kommt sie zurück. Mehr Todesopfer als der zweite Weltkrieg wird sie fordern – prophezeit Professor Wolfgang Stille, Frankfurt.

AIDS bedroht das ganze deutsche Volk. Stärker noch als die uns „überschwemmenden“ Asylbewerber und viel stärker noch als die doch nur sehr vereinzelt auftretenden Terroristen der „Roten Armee Fraktion“. Denn AIDS – sagt man – hat keine Ursache, es kennt nur Überträger, und die stecken im gemeinen Volk. Was gäbe es Schöneres zu bekämpfen für die Damen und Herren von der CSU. Sie greifen zu ihrer Lieblingsideologie: der wahre Feind, der steckt im Volke.

Der Feind kann dein Nachbar sein!

Jeder kann es haben. Dein Nachbar, Der Freund deiner Tochter oder die Freundin deines Vaters. Dein Zahnarzt. Der, der dich im Schwimmbad mit langen Zehennägeln verletzte – nicht auszudenken – vielleicht sogar der Bademeister selbst.

Der „aggressive Zungenkuß“ (FR) wird zur Tatwaffe „umherziehender Aidsbanden“ (Gauweiler). Real verfolgt von diesen Banden fühlt sich bereits die nordrhein-westfälische Polizei. Der Landesvorsitzende ihrer Gewerkschaft fordert dickere Handschuhe, weil die dünnen Schutzhandschuhe ungeeignet seien, Blutkontakt mit anderen Personen zu verhindern. Zweite Forderung: Geräte zur künstlichen Beatmung in alle Streifenwagen – die Aidsbande beißt bei Wiederbelebung. (TAZ, 7.4.87)

Wenn die Aidsinfizierung zur Körperverletzung wird, sogar als Mordtatbestand denkbar ist (die bayerische Justizministerin Berghofer-Weichner), dann wird der finale Todesschuß zur Selbstverteidigung – die Polizei zum Seuchendoktor.

Wenn der oberste Polizist Doktor spielt,

dann müssen radikale Maßnahmen her. Dann wird abgeschnitten, was krank ist am gesunden Volkskörper. Die ersten infizierten Ausländer sind abgeschoben („aus Gründen der öffentli-

chen Gesundheit“, TAZ, 28.3.87)). Die ersten infizierten Deutschen sitzen wegen Verdacht auf Körperverletzung im Knast.

Doch das ist der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (Strauß) noch lange nicht genug: Laut Dr. jur. Klaus Winkler (FAZ) sollten Aids-Positive einen Vermerk im maschinenlesbaren Personalausweis haben, oder besser noch ein unzerstörbares Kennzeichen auf dem Körper tragen. Für Datenschutz sei erst wieder Zeit, wenn die tödliche Gefahr gebannt sei. Horst Seehofer (CSU-Bundestagsmitglied) spricht offen vom „Konzentrieren“ in „speziellen Heimen“ (Spiegel 12/87). Auch Gauweiler folgt der Logik von speziellen Gefängnissen für Aidsinfizierte. Er hat sein Herz für die gesunden Gefangenen entdeckt: „Wer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt ist, soll nicht mit der Todesstrafe rechnen müssen“ (SZ, 27.3.87). „Auslese“ und „Ausmerze“ war die Strategie der angeblichen Volksgesundheitspolitik im Faschismus.

Das Volk wird durchsucht nach ungesunden Teilen

Damit das Volk nicht anfängt, irgendwo anders zu suchen, muß ihm die CSU immer wieder erklären, daß der wahre Feind des Volkes im Volk selber steckt. Sein besonderes Merkmal: Er ist anders! Der typische Deutsche soll sein: vielleicht etwas doof, dafür blond, blauäugig und gesund, völlig normal, brav, treu und fleißig bei der Arbeit und vor allem: er tut, was man ihm sagt.

Alles was anders ist, wurde dem Deutschen schon immer als verdächtig eingedert: als Asylant, Messerstecher, Vaterlandsverräter, Kindermörder, Drogenhändler, Frauenschänder (letzteres ist dem Russen vorbehalten).

Letztes Jahr im Sommer waren es die Asylbewerber. Heute sind außer ihnen die nächsten dran: die Homosexuellen, dann die Strafgefangenen und – Gauweiler hat es bereits angekündigt – Menschen mit häufig wechselnden

Sexualpartnern. Sie alle erfüllen den Tatbestand des „Ansteckungsverdächtigen“ und sollen laut Gauweilers Aids-Maßnahmenkatalog nach Ermittlungen der Polizei oder Hinweisen aus dem Volk zwangsvorgeführt werden (Spiegel, 12/87). Über Homosexuelle (zumindest in München) dürfte Gauweiler die Daten bereits gespeichert haben. Strafgefangene machen kein Problem – sie sind bereits konzentriert –, nur die häufig wechselnden Menschen, nach denen soll das ganze Volk fahnden. Schon fast eingerostete Blockwartmentalitäten dürfen die Ohren spitzen, neu Ambitionierte mit dem ersten Training beginnen.

Das Münchner Gesundheitsamt hat mit eingegangenen Hinweisen bereits alle Hände voll zu tun. Hinweise auf Aids-infizierte im Studentenheim und seitenspringende Ehemänner sind eingegangen. Ein Hotelier wollte seinen Angestellten gleich von der Polizei abholen lassen. (Spiegel 12/87)

Hexenverfolgung neu aufgelegt

Mit der Hexenverfolgung wurde keine einzige Hexe verbrannt. Mit der Aids-Verfolgung à la Gauweiler wird der Aidsvirus nicht getroffen werden.

Mit der Hexenverfolgung wurden die Menschen aufeinandergehetzt, um den Fortschritt der Welt aufzuhalten – es ist nicht geglückt. Mit den Aids-Maßnahmen der CSU sollen wieder Menschen auf Menschen gehetzt werden, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen. In Stuttgart findet eine schwarze Hebamme keinen Job, angeblich weil die deutschen Patienten „afrikanisches“ Aids befürchten, eine türkische Arzthelferin mußte ihre Ausbildung abbrechen, weil eine Patientin sich nicht von einer Türkin spritzen lassen will. (TAZ 23.4.87) Ausländer im Kontakt mit „deutschem“ Blut – das birgt Gefahr. Da wird nicht mehr gefragt, ob der Betroffene aidsinfiziert ist. Da genügt der „Ansteckungsverdacht“. Gauweilers Saat ist aufgegangen. In der Münchner U-Bahn wurde ein Mensch zusammengeschlagen, weil man ihn für einen infizierten Homo-

AIDS: In Bayern kommt man voran beim Abbau der Demokratie

25.2.87: Das bayerische Kabinett befürwortet den von Gauweiler, der zuständig ist für Polizei, Katastrophen- und Verfassungsschutz, vorgelegten Katalog von Zwangsmaßnahmen gegen sogenannte Aidsverdächtige und Risikogruppen. Gauweiler kann sich damit gegen einen Vorschlag des eigentlich zuständigen Mödl durchsetzen. Mödl ist Staatssekretär im Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales und vertritt die Süßmuth-Linie.

Gauweilers Zwangskatalog bricht erstens das Asylrecht, da infizierte Asylbewerber und infizierte politisch Verfolgte abgewiesen werden sollen.

Gauweilers Katalog bricht zweitens das Recht auf körperliche Unversehrtheit z.B. der Strafgefangenen, die zwangsweise zum Test geschleppt werden und sich am wenigsten wehren können. (Strafprozeß- und Strafvollzugsordnung lassen einen solchen Eingriff nicht zu!)

Gauweilers Katalog bricht drittens das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, da er eine Diskriminierungs- und Verleumdungswelle auslöst gegen alle, deren Sexualleben nicht mit den Vorstellungen der katholischen Bischofskonferenz übereinstimmt.

März 1987: Strauß führt den Begriff „Europäischer Hygienekreis“ ein. Er entspricht in etwa der „Nordischen Rasse“. Südeuropäer wie Sizilianer oder Spanier sind grundsätzlich „AIDS-verdächtig“ und müßten eigentlich untersucht werden.

März 1987: Der bayerische Kultusminister Zehetmair - zuständig für die Erziehung unserer Kinder - lokalisiert Homosexualität im „Randbereich der Entartung“ und empfiehlt: „Das Umfeld der ethischen Werte muß wiederentdeckt werden, um diese Entartung auszu dünnen.“ (Spiegel 17/87)

März 1987: Die Deutsche Bischofskonferenz unter Kardinal Höffner erklärt: homosexuelle Verbindungen verstoßen nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern leisteten auch der Verbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS Vorschub. (SZ 4.4.87)

März 1987: Gauweiler fordert die Austrocknung der „AIDS-Biotope“.

März 1987: Seehofer, sozial-politischer Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn fordert die Unterbringung von AIDS-Kranken in speziellen Heimen,

da die Pflege in herkömmlichen Krankenhäusern zu teuer sei.

März 1987: Gauweiler fordert Privatfirmen auf, in nächster Zukunft den AIDS-Test als Bestandteil der Einstellungsuntersuchung durchzuführen. (TAZ 16.3.87)

März 1987: Prof. Gallwas (Jurist und Gauweiler Intimus) befürwortet Zwangstests für Beamtenanwärter: „Es müsse verhindert werden, daß AIDS-Infizierte noch schnell in den Öffentlichen Dienst eintreten, um so Anspruch auf Beihilfe zu bekommen.“ (SZ 27.3.87)

März 1987: Kritik in den eigenen Reihen wird laut. Der innenpolitische Sprecher der CSU Regensburg charakterisiert den Maßnahmenkatalog des Kabinetts als „Absichtserklärung“ und als „Auftrag“. (SZ 21./22.3.87) Auch der CSU Abgeordnete Merk meldet zaghaften Widerspruch an. Staatssekretär Mödl änderte während eines Gauweiler Urlaubs in Rio die Liste der Experten, die bei dem CSU-Hearing am 27. und 28. April gehört werden sollen. Er lud einige Gegner des Gauweiler-Katalogs ein. Dafür fehlte Prof. Zöllner auf der Mödl-Liste. Zöllner hatte im Bayernkurier vom 28.3.87 die namentliche Meldepflicht gefordert.

Die Zeitungen meldeten: AIDS-Beschlüsse vorerst auf Eis!

Doch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Aus dem Urlaub zurück, setzte Gauweiler den aufmüpfigen CSU-Parlamentariern massiv zu. Er soll „laut“ geworden sein.

„Vom Konzept wird kein Jota zurückgenommen.“ (SZ 25.3.87).

Der augenscheinliche Initiator des Aufstandsversuchs Mödl wurde auf Betreiben von Strauß und Gauweiler von seiner Funktion als Leiter der AIDS-Arbeitsgruppe im Sozialministerium abgelöst.

Strauß auf die Frage der SZ, wie die unterschiedlichen Meinungen von Staatsregierung, einzelnen Ministern und der CSU-Landtagsfraktion weiter gehandhabt würden: „Das können sie ab sofort vergessen.“

12. Mai 1987: Man hat vergessen: die CSU-Landtagsfraktion ist auf Linie gebracht. Sie bestätigt der bayerischen Staatsregierung, daß sie sich mit ihrem AIDS-Katalog „auf dem richtigen Weg“ befände. Es solle darüberhinaus „vorsorglich“ geprüft werden, ob Reihenuntersuchungen von Risikogruppen notwendig und möglich sind, ob alle Patienten bei stationären Krankenhausaufenthalten einem HIV-Test zu unterziehen sind, ob ausreichend Vorsorge getroffen sei für den Fall, daß „uneinsichtige“ Kranke abgesondert werden müßten. (Rechtliche Grundlagen für diese Maßnahmen gibt es bis-



her noch nicht. Sie sollen durch ein noch zu verkündigendes „AIDS-Gesetz“ geregelt werden.)

Wie lange wird es wohl noch dauern, bis Gauweiler und Strauß sie haben: Die namentliche Meldepflicht?

April 1987: Alle Neuankömmlinge und vor der Entlassung stehenden Häftlinge werden in bayerischen Knästen routinemäßig auf HIV-Antikörper untersucht. „Verweigerer“ werden wie „Positive“ behandelt und in Einzelhaft verlegt.

April 1987: Ein Flugblatt des Anti-Strauß-Komitee, das zur Demonstration gegen die Zwangsmaßnahmen am 4.4.87 in München aufruft, wird beschlagnahmt, weil sein Titel: „Die Bayerische Staatsregierung ist schlimmer als jede Seuche“ staatsverunglimpfend und beleidigend sei. Es wurde in dem Flugblatt ausgeführt, daß die Zwangsmaßnahmen Gauweilers mit dem Kampf gegen AIDS nichts aber viel mit dem Abbau der Demokratie zu tun haben. Es wurde nachgewiesen, daß die bayerische Staatsregierung mit dem Maßnahmenkatalog lebensnotwendige Grundrechte abbaut. Trotzdem ist das Flugblatt bis heute beschlagnahmt, obwohl ein Urteil des Verfassungsgerichts aussagt, daß „derjenige, der im öffentlichen Meinungskampf zu abwertendem Urteil Anlaß gibt, eine scharfe Reaktion grundsätzlich auch dann hinnehmen muß, wenn sie sein Ansehen mindert.“

Wie macht man AIDS sichtbar?

Mai 1987: Vor diesem Problem steht zur Zeit Bundesinnenminister Zimmermann, der an den Grenzen seines



Reiches „AIDS-Verdächtige“ zurückweisen wollte. Doch da man AIDS nicht sehen kann und die Grenze (noch) keine Kontrollen durchführen können, soll im Zweifelsfall die Grenzschutzdirektion in Koblenz bei „begründetem AIDS-Verdacht“ gefragt werden.

Wie wäre es, wenn Zimmermann den Vorschlag eines Lesers der FAZ aufgreift: Dr. jur. Klaus Winkel aus Königswinter forderte in einem Leserbrief vom 11.3.87: „Ein unverstörbares Kennzeichen am Körper des Infizierten.“

19.5.87: Gauweilers AIDS-Programm wird vom bayerischen Kabinett beschlossen und wird ab Juni in Kraft treten. Aufgrund der massiven Proteste erwähnt Gauweiler bei den „Ansteckungsverdächtigen“ nicht mehr die Schulen. Als „krankheits- und ansteckungsverdächtig“ gelten nur noch männliche und weibliche Prostituierte und Fixer. „Mit Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie ansteckungsverdächtig sind, klärt das Gesundheitsamt den Ansteckungsverdacht im Rahmen eines Gesprächs ...“ (SZ 20.5.87)

Schöne Zeiten für Schnüffler brechen an. Die Schulen haben aber überhaupt keinen Grund anzunehmen, nun vor Nachstellungen sicher zu sein. Am Tag nach der Verkündung des Beschlusses dachte die CSU erneut öffentlich über die Notwendigkeit von Reihenuntersuchungen bei „Risikogruppen“ nach. Und damit sind wir wieder so weit, daß jeder erwachsene Mensch verdächtig ist: (CSU'ler selbstverständlich ausgenommen), jeder, der anders ist, Ausländer, Homosexuelle ... und irgendwann auch die politisch Andersdenkenden. Die Allerschlimmsten, die „Uneinsichtigen“ (was immer das für Individuen sein mögen) sollen in geschlossenen therapeutischen Anstalten verschwinden.

Der Tatbestand des „AIDS-Verdächtigen“ ist geschaffen und damit die Voraussetzung für den Schutz des Gesunden vor allem Kranken, „Widernatürlichen“, „Entarteten“. Es geht ja schließlich um den Schutz der Gesunden (so Gauweiler, Hillermeier, Tandler ...) und nicht um Hilfe für die Kranken und den Kampf gegen AIDS.



4. 4. 87: 10.000 Menschen demonstrieren in München gegen die bayerische Staatsregierung

Angst macht mobil

München: - 40 von 70 genehmigten Infoständen werden von der Polizei abgebrochen. - Ein Theaterstück, das das „Plenum gegen die Volkszählung“ am 13.4.87 in der Fußgängerzone aufführen wollte, wird von der Polizei unterbunden. - Polizeibeamte und Vertreter der Staatsschutzabteilung der Staatsanwaltschaft München I durchsuchen die Geschäftsräume der DKP in der Reisingerstraße. - Die Polizei durchsucht die bayerische Landesgeschäftsstelle der Grünen und filmt jeden Winkel mit der Videokamera. - **Augsburg:** - Die Stadt Augsburg und der bayerische Verwaltungsgerichtshof verbieten eine Informationsveranstaltung der Grünen in der Kongreßhalle. - Anschließend wird das Büro der Grünen von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht. - **Trier:** - Polizei durchsucht Geschäftsstelle der Grünen. - Die Wohnung eines Buchhändlers, der für eine VoBo-Broschüre verantwortlich zeichnete, wird ohne richterliche Anordnung wegen Gefahr im Verzug durchsucht. -

Gewaltsamer Einbruch in die Privatwohnung eines grünen Stadtrats. Der Stadtrat ist nie im Zusammenhang mit der Volkszählung in Erscheinung getreten, arbeitet jedoch in einer durchsuchten Buchhandlung.

Mainz - Raum Bingen: - Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft dringen zeitgleich in Büros der Grünen, DKP, JUDOS, Evangelischen Studentengemeinde und des ASTA ein. Im Büro der Grünen wird eine Mitgliederliste „sichergestellt“. In den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde werden dienstliche und private Unterlagen der Studentenpfarrer beschlagnahmt.

Hessen: - Konfisziertes Material enthält Hinweise auf einen Wiesbadener Alternativbetrieb. Im Kassen- und Auftragsbuch des Betriebes entdeckt die Polizei die Anschrift eines Mainzer Lehrers. Seine Wohnung wird noch am Abend auf den Kopf gestellt.

Bonn: - Die Polizei beschafft sich gewaltsam Zutritt zur Bundesgeschäftsstelle der Grünen.

Calw: - Das Verwaltungsgericht verbietet den Grünen den Landesparteitag in der Stadthalle. Grund: es sei zu befürchten, daß sie zum Boykott aufrufen.

Kassel und Ludwigshafen: - Die Telefone der grünen Stadtratsfraktionen werden gesperrt.

West-Berlin - Kreuzberg: - Morgens um 5 Uhr durchsucht die Polizei das Alternativzentrum „Mehringhof“ ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl. Sie läßt einige Aktenordner mitgehen ...

Diese Liste läßt sich beliebig fortführen. Wenn das Volk gezählt ist, dürfte ein ganzes Buch zu füllen sein.

Was sucht die Staatsanwaltschaft, was suchen die Herren von der Polizei? Was aktiviert sie so sehr, daß sie wie gedopt zu den unschicklichsten Zeiten in der gesamten BRD von Haus zu Haus hetzen - um sie von oben bis unten zu durchwühlen?

Suchen sie Schwerverbrecher, die sie veranlassen, wie in Mainz und Bingen zeitgleich mehrere Büros zu durchwühlen? Nein, das ist es nicht! Sie befinden sich vielmehr auf der Jagd nach Flugblättern und Broschüren, mit denen zum Volkszählungsboykott aufgerufen werden könnte. Und nach dem eigens fabrizierten Volkszählungsgesetz ist der Aufruf zum Boykott eine Ordnungswidrigkeit.

Aber eine Ordnungswidrigkeit rechtfertigt doch nicht, in Wohnungen einzudringen, Veranstaltungen zu verbieten oder die Presse zu zensieren! Weil das so ist, haben sich diejenigen, die die Volkszählung unbedingt durchziehen wollen, eine ganz schlaue juristische Konstruktion ausgedacht: Wer zum Boykott aufruft, der steht im Verdacht, zu einer Sachbeschädigung, nämlich zur Beschädigung des Fragebogens aufzurufen. Und Sachbeschädigung ist eine Straftat! Und diese Straftat rechtfertigt Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen Nein! Selbstverständlich nicht, denn es gibt hierzulande noch immer ein Grundge-

setz, das garantiert: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Versammlungsfreiheit. Und diese Freiheiten stehen auch heute noch über Ordnungswidrigkeiten (auch das Parken auf dem Gehsteig ist eine Ordnungswidrigkeit) und der möglichen Beschädigung von Fragebögen.

Grundgesetz hin, Ordnungswidrigkeit her, Gesetze und Verordnungen gelten nur für uns und nicht für die da oben. Es gilt das Recht des Stärkeren, der seine Gesetze selber macht. In München gibt es seit diesen Tagen nicht nur „Aidsverdächtige“, sondern auch „Boykottverdächtige“. „Ein Verdacht zum Boykottaufruf genügt uns schon“. (SZ 23./24.5.87) So faßte Kirchmann vom Polizeipräsidium München zusammen, was überall in der Republik geschieht.

In Darmstadt wurden sechs im Buchhandel frei verkäufliche Bücher zu den Themen: Volkszählung und Informationstechnologien auf den Index gesetzt. Unter Androhung eines Zwangsgeldes von 1.000,- DM darf die örtliche Boykottinitiative diese Bücher nicht mehr auf ihrem Büchertisch auslegen - darunter „Mikropolis“ von Rolf Kubiczek, in dem das Wort Volkszählung überhaupt nicht auftaucht, denn es ist ein Buch über die Verkelabelungspläne der Bundespost. Es reicht als Begründung aus, „daß durch dieses Schriftgut zumindest mittelbar zu einem Boykott der Volkszählung aufgerufen wird.“

Nicht anders erging es den Grünen in Bayreuth mit einer Broschüre der Humanistischen Union (HU), die sie auf ihrem Stand ausliegen hatten. Sie wurde beschlagnahmt, obwohl sie ausdrücklich nicht zum Boykott aufruft,



Jetzt ist es amtlich

Die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmeaktionen sind und waren rechtswidrig. Die Staatsanwaltschaft und Polizei hätten sich doch vor ihren Aktivitäten um richterliche Stellungnahmen kümmern können? Sicher! Aber rechtswidrig kommt man besser voran bei der Kriminalisierung der Boykotteure.

Am 26.5.87 stellte das Lübecker Landesgericht fest, daß das Entfernen der Kennziffer auf dem Fragebogen keine Sachbeschädigung und damit keine Straftat sei. Die Lübecker Richter begründen diesen Sachverhalt freilich nicht wie der DID mit dem Vorrang verfassungsmäßig garantierter Grundrechte vor der Unversehrtheit von Fragebögen, sondern rein formaljuristisch: Der einzelne Fragebogen habe nur einen geringen Sachwert, der Pfennigbeträge nicht überschreite ... auch sei der Bogen ohne Kennnummer keineswegs unbrauchbar ...

sondern lediglich über die rechtlichen Möglichkeiten des Einspruchs und des Widerspruchs informiert.

Begründung des Bayreuther Amtsrichters: „Nach den Begleitumständen“ sei mit der Broschüre zum Boykott aufgerufen worden (TAZ 27.4.87). Das heißt, wenn irgendjemand in der Nähe einer Aufklärungsschrift über die Volkszählung das Wort Boykott in den Mund nimmt, ist der Inhalt der Schrift strafbar. Mit „Recht“ hat das nichts mehr zu tun! Doch dieser Amtsrichter hat die Zeichen der Zeit (richtiger die der Bundesregierung) eben erkannt. Ob direkter Aufruf oder nicht, alles Firlefanz. Entscheidend ist, daß hier Front gemacht wird gegen ein Projekt, das schon längst zur Machtfrage geworden ist. Denn 1983 ist etwas im Lande des Innenministers Zimmermann geschehen, was es eigentlich gar nicht gibt: Das Volk hat seine Zählung verhindert, die den Oberen so wichtig war. Und was eine rechte Obrigkeit ist, die verwundet eine solche Niederlage nicht von heute auf morgen. Es geht um die Wiedergutmachung der „Schmach“ von 1983. Deshalb muß diesmal die Gehorsamsprüfung stattfinden, koste es, was es wolle, auch das Grundgesetz.

Verfassungsschutz empfiehlt: Pressefreiheit außer Kraft setzen

Zur Verhinderung von Äußerungen freier Meinungen und zur Absicherung der Kampagne zur Wiederbelebung des Denunziantentums der Bundesregie-

rung trat sogar der Vizechef des Bundesamtes für Verfassungsschutz Frisch auf den Plan. Er ist der Urheber eines Geheimpapiers von Januar '87, das die Humanistische Union in Hannover veröffentlichte. Darin behauptet Frisch, daß „der Widerstand“ gegen die Volkszählung im „wesentlichen von politischen Extremisten“ initiiert wird. Die entsprechenden Tatsachen werden tagtäglich geschaffen: Verbote, Beschlagnahmungen, Durchsuchungen, die die Volkszählungskritiker in die Extremisten-Ecke rücken sollen, dem Bürger Angst vor Boykottmaßnahmen machen. Denn Frisch will eine, wie er schreibt: „wirkungsvolle Solidarisierung breiter Bevölkerungsschichten mit z.T. maßlosen Gegenargumenten der Extremisten vermeiden.“

Wie? Durch Beseitigung der Pressefreiheit! „Um ein Übergreifen der Boykottbewegung auf die Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern, empfiehlt er „Einfluß auf die Berichterstattung der Medien zu nehmen. Sollten eine Vielzahl kritischer Berichte erscheinen, müsse eine Demotivation der Zähler und eine mangelnde Mitarbeit in der Bevölkerung einkalkuliert werden.“ (TAZ 4.87)

Diese Verfassungsschutzempfehlung zeigte auch prompt Wirkung. Der Bundesvorsitzende der Humanistischen Union Professor Jürgen Seifert teilte mit, daß allein seiner Organisation zwei Rundfunksendungen zur Volkszählung verboten wurden. Und die

Kriminalpolizei im fränkischen Schwabach gerät in hektische Erregung, wenn eine Journalistin über eine Informationsveranstaltung der Grünen zur Volkszählung berichtet. Gegen diese Frau wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, obwohl sie sich keineswegs die Meinung der Veranstalter zu eigen machte. Statt kritischer Information werden dem Fernsehzuschauer allabendlich Werbespots der Bundesregierung zugemutet, die einiges über das intellektuelle Niveau ihrer Urheber aussagen: Da wundern sich erdnäheähnliche Wesen über leerstehende Krankenhäuser oder ein Zuviel an Heizungs Monteuren (!?!?) an den Universitäten. Mißstände, die mit der Volkszählung ein Ende haben sollen. Auch zu dieser millionenschweren Werbekampagne hat der Verfassungsschutz sein Scherflein beigetragen. Frisch: „Griffe, leicht verständliche Darstellungen ... ruhig auch in Comic-Form könnten wirkungsvolle Maßnahmen sein“, um die Solidarisierung der Bevölkerung mit den Volkszählungsgegnern zu verhindern. Und wozu werden die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Presserecht außer Kraft gesetzt? Wozu übernimmt der Verfassungsschutz die Instruktion der Bundesregierung mit Tips und guten Ratschlägen? Um aus jedem einzelnen von uns ein paar Daten rauszukitzeln? Oder weil sie befürchten, daß wir alle miteinander aufstehen und sagen, daß uns das alles nicht paßt.

Wenn ich groß bin, möchte ich einmal tolle Mädel haben
Volkszählung '87 Eine gute Sache.

Was heißt Volkszählung?
Volkszählung '87

z.B.  Arbeit
Mami und Papi sorgen für meine Zukunft
z.B.  Kinder
Volkszählung '87 Eine gute Sache.

Nur wo Krieg ist, gibts ordentliche Listen und Registraturen, ... wird Mensch und Vieh sauber gezählt und weggebracht, weil man eben weiß: ohne Ordnung kein Krieg!

Bert Brecht
(aus: „Mutter Courage“)



Das größte Schwein im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.

Es gab in unserem Land einmal ein perfekt ausgeklügeltes System von Spitzeln, Denunzianten, Dreigroschenjungen: das Blockwartssystem, mit dem die Hitlerfaschisten unter anderem ihre Herrschaft absicherten. Der Blockwart war „für die gesamten Vorgänge in seinem Bereich“ zuständig. Alle politischen Gliederungen der NSDAP waren zur Bekämpfung und Erfassung von Meckern, Defätisten und Gerüchteverbreitern durch Anzeigenerstattung und Nennung von Zeugen aufgerufen. Angst und Schrecken vor dem Nachbarn, sogar vor Freunden hielten einen jeden davon ab, Kritik zu äußern, sich zu empören. Jeder noch so kleine Widerstand wurde in der Angst vor der Gestapo erstickt.

600.000 Spitzel wollte Zimmermann unter dem Vorwand der Volkszählung rekrutieren. Solche wie die Neonazis von der „Hamburger Liste für Ausländerstop“, die sich freiwillig als Zähler gemeldet haben, um den „rot-grünen Boykott zu unterwandern ... und hier

illegal lebende Nicht-EG-Ausländer herauszufinden“. (FR 9.5.87)

600.000 Hilfspolizisten, ausgestattet mit staatlichen Machtfunktionen sollten außer Polizei und Verfassungsschutz in unserem Privatleben herum schnüffeln, damit auch der letzte weiß, daß er von Protesten Abstand zu nehmen hat, daß er kontrolliert wird, bespitzelt, in jeder Lebensäußerung beobachtet.

Nachdem der Siemensmanager Beckurts im letzten Jahr umgebracht worden war, forderte Zimmermann im Fernsehen alle Bürger auf, alle und alles zu beobachten und alles Auffällige und Unnormale zur Ergreifung der Täter zu melden. Man hat die Attentäter bis heute nicht gefunden.

In einem Flugblatt des Bayerischen Landeskriminalamtes wird die Bevölkerung aufgefordert, „auf Personen, die sich im Bereich von Hochspannungsmasten verdächtig verhalten“, zu achten, zur Ergreifung von

„Terroristen“. Der Tatbestand „aids-verdächtig“ geht in die gleiche Richtung. Jeder Bürger ein kleiner Hobbydetektiv.

Zimmermann hat seine 600.000 nicht bekommen. Die allermeisten Zähler mußten zwangsverpflichtet werden - in München 90 %.

Die Unfreiwilligen laufen jetzt lustlos treppauf, treppab und kassieren auch noch zu allem Überfluß Beschimpfungen und Dresche stellvertretend für Zimmermann, Kohl usw.

Aber leider gibt es auch andere:

Meine Begegnung mit der Vergangenheit

Am Mittwoch, den 29. April kommt mir im Treppenhaus ein freundlicher älterer Herr entgegen. Ob ich mich hier auskenne und weiß, wer im vierten Stock wohnt? „Natürlich, ich wohne im 4. Stock!“

„Dann sind Sie sicher genau die, die ich suche, nämlich Frau Monika Zipfel?“

„Ja, die bin ich. Und wer sind Sie?“ Er komme vom Mikrozensus. Das sei eine Datenerhebung, bei der 1 % der Bevölkerung durch mathematische Zufallsverfahren ausgewählt, über vier Jahre lang befragt würde ...

Ich schluckte erst einmal, denn ich hatte mir eigentlich vorgenommen, die Ausquetscherei bei der Volkszählung nicht so widerspruchslös hinzunehmen. Und nun das!

Ich sagte dem Herrn, daß ich Fragen auf gar keinen Fall beantworte - meinen Beruf und das Geburtsdatum wußte er eh schon. Ich wollte mich zuerst erkundigen, ob ich überhaupt antworten muß. Er war nun gar nicht mehr freundlich und drückte mir ein braunes Kuvert in die Hand, das weder brauchbare Informationen noch irgendeine genaue rechtliche Aufklärung enthielt. Er verschwand mit der Drohung: „Morgen nachmittag komme ich wieder, dann werden Sie mir die Fragen beantworten.“

Als ich am nächsten Abend heim kam, hielt mich eine Freundin auf, die mit Mann und zwei Kindern in der Wohnung unter mir wohnt. Der Zähler war bei ihr gewesen - mich hatte er ja nicht angetroffen. Sie hätte eine 3/4 Stunde mit dem Typ gequatscht. Sie hätte ihm aber nichts gesagt, außerdem meinte sie: „Das war ein Linker.“ „Der hat dich höchstens ‚gelinkt‘, links ist der bestimmt nicht“, antwortete ich ihr. (Und tatsächlich wußte der Mann bei unserem näch-



sten Gespräch schon etwas mehr über mich: nämlich, daß meine Wohnung groß genug ist, um unterzuvermieten, und daß ein Herr T. des öfteren bei mir gesehen wurde. (Sie lernen wohl in den „Zählerschulungen“, wie man Leute aushorcht, ohne daß sie es merken.)

Aber der Reihe nach!

Der nächste Tag war Freitag, der 1. Mai. Den ganzen Vormittag läutete das Telefon. Ich bin nicht hingegangen. Ich hatte richtig Schiß, daß das wieder dieser Typ ist. Er war mir inzwischen unheimlich geworden. Als so gegen drei Uhr nachmittags wieder jemand anrief, dachte ich mir: „Jetzt hat er es sicher aufgegeben“. Außerdem erwartete ich den Anruf von einem Freund und ich wollte mich doch nicht nur wegen diesem unverschämten Kerl in meiner Wohnung einigeln. Also nahm ich mir ein Herz und ging hin. Wer war dran? Natürlich er! Er würde mir jetzt die Fragen vorlesen und ich soll antworten. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht bereit sei, am Telefon zu antworten. Daraufhin schimpfte er: „Haben Sie auch so linke Ideen, wie die Frau,

die unter Ihnen wohnt?“ (Und meine Freundin hatte den für einen „Linken“ gehalten.) „Gefällt Ihnen vielleicht, was Sie sehen, wenn Sie aus dem Fenster schauen?“ Da ich überhaupt nicht wußte, was er wohl meinen könnte, fuhr er fort: „Ja, das Haus gegenüber mit den Ausländern *! Stört Sie das nicht, was da ein- und ausgeht? Laut Melderegister wohnen da nur zwei Leute, die anderen sind angeblich Touristen! Touristen nennen sie sich! Aber die gehen der Volkszählung nicht durch die Lappen! Da muß ich ja auch zählen.“ Angewidert unterbrach ich ihn. Er solle mir die Bögen vorbeibringen und mich in Ruhe lassen. Nach diesem Telefongespräch war ich erstmal ziemlich fertig. Mir war klar geworden, daß diese Typen geschult sind, raffiniert und hemmungslos ihrer Spitzeltätigkeit nachgehen, und daß er tatsächlich erreicht hat, was er erreichen wollte und sollte: mich einzuschüchtern. Wie eine Verbrecherin kam ich mir vor. Ich fühlte mich verunsichert und beobachtet.

Am Samstag hat er wieder angerufen. Ich habe wieder nichts gesagt. Wieder Drohungen, Beschimpfungen, falsche Behauptungen: In meiner Wohnung seien mehrere andere Personen gemeldet. Die entsprechenden Unterlagen lägen ihm vor. Er hätte auch schon im Haus gehört, daß bei mir die Leute ein- und ausgingen. Es wäre doch an der Zeit, daß ich mit der Wahrheit herausrückte.

Das war schlicht gelogen. Bei mir ist niemand gemeldet. Daß ich viel Besuch habe, geht doch keinen was an. Am Sonntag hat er sich schnüffelfrei genommen. Jedenfalls hatte ich meine Ruhe.

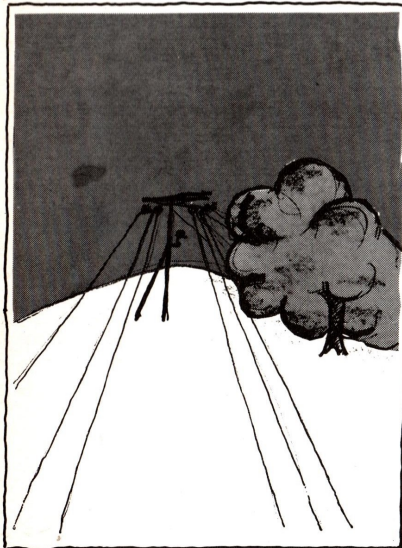
Montags hat er mich wieder erwischt. Ich forderte ihn noch einmal auf, mir die Unterlagen da zu lassen. Daraufhin wurde er sehr ausfallend. Er beschuldigte mich, mit meiner „Verzögerungstaktik“ Steuergelder zu verschwenden. Sowas wie mich hätte er doch noch nie erlebt. Er hat dann seinen Plan, die Bögen mit mir zusammen auszufüllen, aufgegeben. Ich hatte mich erfolgreich geweigert. Verabschiedet hat er sich mit der Drohung: „Ich bekomme schon noch raus, wer alles bei Ihnen wohnt ...“.

* Name geändert, Name und Adresse sind der Redaktion bekannt.

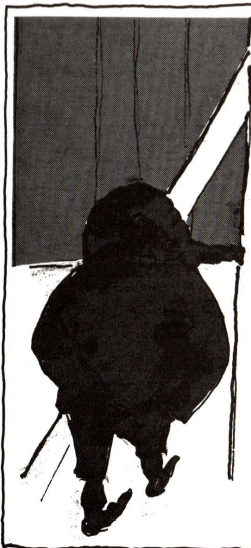
** In dem Haus hat eine linke türkische Organisation ihre Büros, d. Red.

Denunzianten – Haussuchung – Gefahr in Verzug

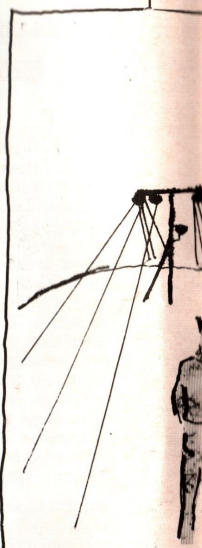
Herr M., ein Rentner, lebte die letzten 10 Jahre in einem Mietsblock in Neuperlach, München. Herr M. äußert sich zu politischen Themen generell freimütig und offen. Es ist in seiner Umgebung also kein Geheimnis, daß er



Still liegt das Land,
es fließt der Strom.
Feierabend ist's,
doch schon ...



...schleicht durch's Gebüsch
auf leisen Sohlen
Herr Schnüffel,
'Terroristen' holen.



Und siehe da;
wird er gewahrt
in des Strommastes nächster
ein Punkerpaar.

beispielsweise SPD wählt und in seinen Anschauungen dort dem linken Flügel zuzuordnen ist.

Ende Januar dieses Jahres kam es im Hausflur des Blocks, in dem Herr M. wohnte, im Verlauf von 3 Wochen zu mehreren kleineren Brandanschlägen. Es blieben jeweils verkohlte Stellen auf dem Fußboden zurück. Ein Ausgang forderte die Bewohner auf, verdächtige Personen beim Hausmeister zu melden. Mitte Februar wurde Herr M. - als einziger der Hausbewohner - von einer mehr als eigenartigen Haus-suchung heimgesucht. Es gab keinerlei ernstzunehmende Hinweise, die Herrn M. mit den Brandanschlägen in Verbindung hätten bringen können.

Erzählen Sie mir bitte noch einmal, wie das alles vor sich ging.

Es war am 18.2.1987, gegen 20.15 Uhr. Drei Polizisten waren. Der Einsatzleiter Dierschke von der Brandkommission - wie ich inzwischen weiß - hat mir seine Marke gezeigt: „Übrigens, Herr M. habens gehört, daß da gschoßn worden is?“ Der hat eine Gaspistole gesucht. Ich hab nach dem Durchsuchungsbefehl gefragt. Da hat der Herr Dierschke gemeint: „Für Sie brauchn wir kein Durchsuchungsbefehl.“ Ich wollt meinen Arzt und meinen Rechtsanwalt anrufen. Durfte ich nicht. Die haben gesagt: „Sie wissens, was Sie können? Sie ziehen sich jetzt an, weils gleich mitgehen mit uns.“ Dann hat einer von denen gesagt: „Sie haben gschoßn Herr M., gell!“ Ich hab

aber nicht gschoßn, und das hab ich denen auch gesagt. Die haben sich aufgeführt, das können Sie sich gar nicht vorstellen. „Herr M., was anders, wer tut hier immer Sachen anzündn im Haus?“ Sag ich: „Ich doch nicht!“ Die haben alles auf den Kopf gestellt. Kein Brief, dens nicht glesn haben. Dann sagt der eine bei Spendenquittungen für einen Blindenverein: „Was soll der weiße Stock da?“ Ich hab ihm gesagt, daß das ein Blindenstock ist. „Woher nimmens das Geld?“ Der Dierschke drauf: „Ja freilich, wenn man soviel schwarz arbeitet, da kann man das Geld schon rausschmeißn.“ Und dann fragt mich ein anderer: „Schwul sind wir nicht, gell?“ „Wie schauts aus Herr M. mit der Trinkerei? Soviel ich weiß, waren Sie doch in Haar draußen?“

Woher hat der Polizist das gewußt?

Da war eine alte Frau im Haus, der hab ich das anvertraut. Von der muß er das haben. Dieselbe hat überall erzählt, daß ich das Haus anzündn würd. Ich hab das mit dem Haar als massive Drohung verstanden. (Haar ist eine Nervenheilanstalt) Dort würde man mit Sicherheit den Beamten glauben, wenn sie mich hinbrächten. Das ist 12 Jahre her, daß ich in Haar war.

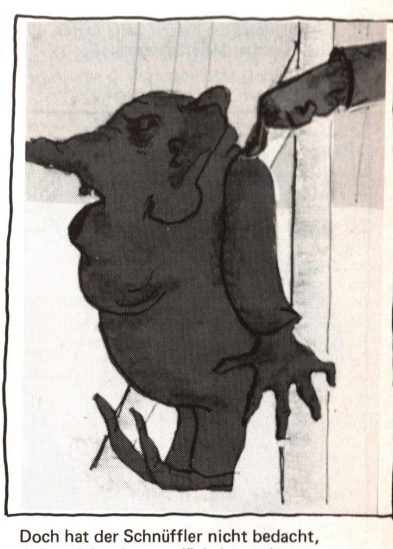
Ich hab das ganze meinem Rechtsanwalt übergeben. Jedenfalls hab ich den Hausmeister ein paar Wochen zuvor eine „Nazisau“ genannt, weil er gesagt hat: „Solang die Langnaserten (ge-



meint sind Juden) existieren, wird bei uns kein Frieden.“ Dem Hausmeister sein engster Freund ist ein Polizist. Zu dem seiner Mutter hab ich einmal gesagt: „Gleich und gleich gesellt sich gern.“ Wir warn Nachbarn. Aber es ist seltsam komisch. Den Polizisten hab ich nach der Haussuchung angefragt und wie ich ihm das erzählt hab von dem Überfall, da war der gar nicht so über-rascht. Dann sagt er zu mir, er darf überhaupt nichts sagen.

Ich war so fertig nach der Haussuchung, daß ich nur noch geheult hab. Am nächsten Tag um 13.00 Uhr hab ich zur Polizei müßn. Mein Rechtsanwalt hat mir gesagt, daß ich keine Aussage machen brauch. „Ah, der Herr M.“ habens dort gemeint, „wegn so einer Lappalie müßens doch nicht gleich zum Rechtsanwalt rennen.“

Nur die Personalien wollns, habens gesagt. Aber dann: „Herr M., das könnte man doch sagen, daß sie gschoßn haben.“ Ich hab das immer wieder verneint. „Herrschaftzeiten, freilich habens gschoßn! Es kommt doch gar nicht drauf an, wann.“ So ist das ewig weiter gegangen. Ich hab an Hand und Füß gezittert. Irgendwann habens mich



Wer Fetzen trägt
und bunt das Haar,
daß der am Strommast sägt,
das ist doch klar.

Doch hat der Schnüffler nicht bedacht,
daß er sich selbst verdächtig macht.
Und bevor er die zwei denunziert
hat ihn ein anderer ausspioniert.
Und die Moral von der Geschichte:
für Gauweiler schnüffeln lohnt sich nicht.



dann so weit ghabt: „Ja, ja, ja, ich war alles. Ich kann Sie nicht mehr sehn. Ich will raus. Ich unterschreib alles, aber lassens mir meine Ruhe.“ So haben die sich ein Geständnis erpreßt, u.a., daß ich mit der Haussuchung einverstanden gewesen wär.

Herr M. ist auf diese Vorfälle hin panikartig aus seiner Wohnung ausgezogen. Er lebt seitdem in Pensionen (für seine Verhältnisse viel zu teuer) und befindet sich in sehr schlechter psychischer Verfassung.

Dieses „Gefahr in Verzug“ als Rechtfertigung für eine Haussuchung ohne Durchsuchungsbefehl gibt es, seit es die Antiterrorgesetze gibt. Am Beispiel des Herrn M. nehmen wir zur Kenntnis, wie weit dieses „Gefahr in Verzug“ heute in Bayern gefaßt ist und welch offiziell inoffizielle Wege die Bespitzelung und Ahndung von Gesinnung geht.



① Jung, blond die Kleine, ganz famos, bei Nachbar Meier ist was los.



② Breitschultrig, männlich, stramm die Wadn. der treibt es wohl nicht nur mit Madln. Dieser Meier ist ein Schwein. Da gehn auch Männer aus und ein.



③ Grüß Gott, hier ist Schnüffel, Herr Gauweiler schnell. Mein Nachbar hat Aids! Bei meiner Seele!



④ Ja wen haben wir denn da, ist das nicht das ASK? Und der Gauweiler, der lacht. das hat Schnüffel gut gemacht! Immer gründlich beobachten: und im Vorfeld einkassieren!

Die Kirche und der Faschismus



Papst und Pinochet

„Wir hören heute viel von Menschenrechten. Von Gottes Rechten hört man nichts“, so Johannes Paul II in seiner Rede zur Seligsprechung von Pater Rupert Mayer. Der Mensch könne aber nur da frei leben und sein Recht erhalten, wo Gott und seine Rechte und Gesetze geehrt würden.

Mit dieser Logik läßt sich's locker reisen. Zum Beispiel nach Chile. Pinochet, wie jeder weiß oder kolportiert bekam, empfing JP II in seiner Privatkapelle. Auch wurde erzählt, daß er einer ist, der sich jeden Sonntag zur Heiligen Kommunion begeben. Dieser fromme Katholik ehrt „Gottes Rechte“ ohne jeden Zweifel. Wie es in seinem faschistischen Land um die Menschenrechte steht, davon hört man sowieso viel genug. So daß sich der Papst, als er diesem Land kürzlich seine Ehre gab, auf allgemeines Geschwätz und einlullende Phrasen beschränken durfte. „Das christliche Gebot der Versöhnung“ stellte er in den Mittelpunkt dieser Reise. Versöhnung der Gefolterten und Gemordeten mit dem Massenmörder Pinochet. Von brutaler Unterdrückung kein Wort, höchstens nichtssagende Andeutungen und Worte der Beschwichtigung für das kämpfende chilenische Volk.

Der liebe Gott ist nicht überall

Und so hat JP II erst 66 von insgesamt 171 Ländern dieser Erde besucht. Überall darf er nicht hin. Viele Länder wollen sich JP II, den Kostspieligen, ersparen. Kein Bodenkuß in Ländern, in denen Menschenrechte höher im Kurs stehen als „Gottes

Rechte“. Länder, in denen „Gottes Rechte“ geschmälert werden oder gar nicht herrschen.

JP II, seit Pius XII wieder glühendster Verfechter eines „christlichen“ Antikommunismus, sagt solchen Ländern den Kampf an. Nur dort können ja überhaupt menschenfeindliche Zustände herrschen, wo Gott nicht zählt. Atheismus und Kirchenverfolgung sind das Übel, - nicht Verfolgung von allem Fortschrittlichen, von Gewerkschaftern, Kommunisten, Armen und Geknechteten.

„Eine Reise in die Vergangenheit“

nannte Dieter Kronzucker die 2. Papstreise in die BRD („Heute“ vom 30.4.87). Er zollte JP II seine Anerkennung, daß er sich mit der Rolle der katholischen Kirche im Faschismus befaßt habe.

Dabei offenbarte JP II nur, wie sehr sein „In-die-Vergangenheit-Reisen“ unsere Zukunft bedroht. Denn nicht ein einziges Mal hat er auch nur mit einer Silbe das erwähnt, was die katholische Amtskirche im sog. 3. Reich für eine Rolle gespielt hat. Das historische Material, das es dazu in Hülle und Fülle gibt, wurde denn auch nur von einigen Presseorganen und Fernsehberichten in

gute Erinnerung gebracht. Die Sendung „Report“ vom 5.5.87 berichtete z.B.: Im August 1935 verfaßten die deutschen Bischöfe, denen die Existenz und „Effektivität“ von Hitlers KZs längst und gut bekannt waren, eine Denkschrift an Hitler, in der sie klagten: „In Konzentrationslagern

wird seit etwa 3/4 Jahren den Gefangenen der Empfang des Bußsakraments verweigert“. Und sie versprechen: „Die für die Gefangenen bestellten Geistlichen werden den Sträfling zur Anerkennung der staatlichen Obrigkeit verpflichten und so zur inneren Umstellung und Besserung der Gefangenen mithelfen.“ Die Verletzung von Menschenrechten, das war schon damals nicht Verfolgung und Vernichtung von Millionen, sondern: die Verweigerung des Bußsakraments. Und das Verbrechen der „Sträflinge“ war anerkanntermaßen die Mißachtung der staatlichen Obrigkeit. Kreuz und Hakenkreuz hatten sich längst arrangiert, auch dazu wurden in den letzten Wochen wieder viele Beweise vorgeführt, die jeder Demokrat und Gegner des JP II-Besuches sicher verfolgt hat. Kein Wort der Reue von JP II über solche Hirtenbriefe, in denen z.B. 1933 die „Unterwerfung unter die neue staatliche Autorität“ gebührend wurde, „weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft ...“ erblickten. Stattdessen die billigen mittelalterlichen Prozeduren von Seligsprechungen, die die Legende vom „Widerstand“ der Kirche festschreiben sollen.

Geschichtsfälscher am Werk hier: Seligsprechung

Susanne Batzdorff, eine Nichte von Edith Stein, mahnte, statt Edith Stein jetzt seligsprechen, hätte die katholische Kirche sie damals retten sollen (lt. „Bunte“ vom 7.5.87). Tatsächlich könnte die konvertierte Katholikin



jüdischer Herkunft heute noch leben, wenn sie nicht von ihrer Kirche preisgegeben worden wäre. Allein die letzten 25 Jahre, die sich der Vatikan für die ganze Zeremonie der Seligsprechung von E. Stein Zeit genommen hat, sind schon deshalb verloren und geraubte Jahre für diese Ordensschwester, weil ihr Nicht-mehr-reden können schamlos dafür ausgenutzt wurde, ihre Biografie und die historischen Fakten zu fälschen. Im Spiegel Nr. 18/1987 gibt die Stein-Biografin Moossen die Wahrheit bekannt, wie es zur Ermordung dieser Jüdin kommen konnte:

Bei einem Wahlvorgang (Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs), den die Nazis selber im Kloster unter den Nonnen durchführten, fehlte die Stimme von E. Stein. Die Oberin verriet den Häschern „mit eiserner Ruhe“ den Grund: „Sie ist nicht arisch“. Sie verhinderte mit dieser gemeinen Denunziation eine sichere Neinstimme.

Denn am Abend zuvor hatte E. Stein „mit großem Eifer“ gegen Hitler gewettet. Seitdem sich der Gefahr bewußt, wollte E. Stein aus Deutschland fliehen. Dies wurde von ihren Vorgesetzten solange behindert und verzögert, bis es zu spät war. Als die Deportation nach Auschwitz für E. Stein schon unmittelbar bevorstand, erteilte die katholische Kirche sogar noch eine Ausnahmeregelung, die die Nazis für getaufte Juden bereit waren zu machen. Die Kirchenoberen, die jahrelang zur Judenvernichtung geschwiegen hatten, verkündeten diese Ausnahmeregelung plötzlich von den Kanzeln herab - eine Aufforderung für die Faschisten, sich diese Blöße nicht mehr zu geben. E. Stein und ihre Schwester wurden nach diesen mutigen Kanzelworten am nächsten Morgen nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet. Der Hirtenbrief von Kardinal Höfner zur Seligsprechung von E. Stein erwähnt all das nicht. Stattdes-

sen wagt er zu schreiben, daß sich seine Bischofskollegen von Anfang an „schützend vor alle Juden“ gestellt hätten. E. Stein habe sterben müssen, „weil die nationalsozialistischen Machthaber sich an den katholischen Bischöfen rächen wollten, die für die Rechte und die Würde jedes Menschen, auch des Juden, öffentlich eingetreten waren ...“ (Spiegel Nr. 18/87).

Das ist ungeheuerlich! Kein einziger katholischer Bischof hat derartigen Widerstand geleistet und sich jemals öffentlich für die Juden eingesetzt. Als Edith Stein Ostern 1933 versuchte, beim damaligen Papst Pius XI eine Privataudienz zu erhalten, „um eine Enzyklika gegen den Antisemitismus anzuregen“ (ebenda), ließ der „heilige Vater“ ihr seinen Segen übermitteln und verweigerte den Termin mit der Begründung, daß er das marianische Jahr vorzubereiten habe ... Solange es nicht geschieht, daß sich der Papst mitsamt seiner Riege von obersten Bischöfen von dieser Vergangenheit lossagt und distanziert, solange bedrohen sie unsere Zukunft. So lange müssen wir die Vergangenheit immer wieder dokumentieren, wie diese von den Schuldigen und Mitverantwortlichen weiter gefälscht und verharmlost wird. (siehe Kästen)

Seligsprechung von Rupert Mayer, München 3. 5. 87



Pater Rupert Mayer und der „Stellvertreter..“

Ein 25 Jahre altes Theaterstück durfte in Ottobrunn nicht gespielt werden, während am 3. Mai Pater Rupert Mayer, der antifaschistische Ordensgeistliche, von JP II seliggesprochen wurde. Paßt das zusammen? Eigentlich nicht. Das Theaterstück, das auf Betreiben der empörten Kirche wieder einmal nicht aufgeführt werden durfte, war Hochhuths „Stellvertreter“.

Das Thema ist auch heute noch zu bisant, und die Kirche hat auch heute in unserer ach so aufgeklärten Zeit noch immer die Macht, unliebsame Kunstwerke mit „sanfter“ Gewalt zu unterdrücken. Der Kulturleiter nahm seinen Hut. Jetzt konnte jedermann sich einlullen lassen von den schönen Phrasen von JP II, dem neuesten Ehrenmitglied von Schalke 04 im Münchner Olympiastadion, wo er die Seligsprechung des standfesten Geistlichen runterleierte.

„Geistliche und Laien, Priester und politische Menschen, die den Widerstand zu denken und zu praktizieren wagten, hatten weder im Gefängnis noch vor dem Schafott auf die Anteilnahme ihrer kirchlichen Führung zu rechnen. Der christliche Widerstand gegen Hitler trug naturgemäß von Anfang an den Charakter des Singulären, des

Kardinal Faulhaber: Parteigänger Hitlers oder Angehöriger des Widerstands

Faulhaber war ein besonders eifriger Parteigänger Hitlers. In einem Brief an Hitler schrieb er: „Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unseren Reichskanzler.“

Bei einer persönlichen Begegnung mit Hitler stellte er fest, dieser sei „als das Oberhaupt des deutschen Reiches für uns gottgesetzte Autorität, rechtmäßige Obrigkeit, der wir im gewissen Ehrfurcht und Gehorsam schulden.“

Am 4. November 1936 besucht Faulhaber Hitler auf dem Obersalzberg. Faulhaber verfaßte darüber damals einen streng vertraulichen Bericht: Hitler habe sich über den spanischen Bürgerkrieg ereifert und die Franco-Gegner von Juden aufgehetzte Untermenschen und Bestien genannt. Faulhabers Antwort: „Das ist für mich keine Schwarzseherei, Herr Reichskanzler. Ich war Ohrenzeuge, als Papst Pius XI im öffentlichen Konsistorium 1933 den Reichskanzler des deutschen Reiches öffentlich den ersten Staatsmann nannte, der offen und bestimmt mit ihm, dem Papst, die bolschewistische Gefahr erkannt habe.“ (lt. „Report“, ARD vom 5.5.87)

Zum Thema Euthanasie führte er in diesem Gespräch aus: „Von historischer Seite wurde dem Staat nicht verwehrt, im Rahmen des Sittengesetzes in geheimer Notwehr diese Schädlinge von der Volksgemeinschaft fernzuhalten.“

Nach Kriegsende scheute sich Faulhaber nicht, mit allen bayerischen Bischöfen zu behaupten: „Die deutschen Bischöfe haben von Anfang an vor den Irrlehren und Irrwegen des Nationalsozialismus ernstlich gewarnt und immer wieder hingewiesen. ...“

Außergewöhnlichen, des Unerwünschten, des Ungehorsams.“

Gott bewahre, das hat er natürlich nicht gesagt, der JP II vor den 80.000 im Olympiastadion. Das ist zitiert nach Friedrich Heer im „Stellvertreter“. Dabei hätte das Zitat sehr gut gepaßt auf

das Leben und Sterben des Paters. Während er in Dachau saß, segneten die Bischöfe die Waffen der deutschen Faschisten und riefen die Soldaten und alle ihre Schafe zum Endkampf auf. Es ist ein Theaterstück der übelsten Sorte, wenn einer dieser „Ungehorsamen“ seliggesprochen wird vom heutigen

Gegendemonstranten beim Papstbesuch in Köln



Stellvertreter Wojtyla, und gleichzeitig dieses antifaschistische Theaterstück wegen „Verunglimpfung der Kirche“ (so der Ottobrunner Pfarrgemeinderat) abgesetzt wird, das in Bayern sowieso fast noch nie hat aufgeführt werden können.

Auch hier wird damit nicht zuletzt dem Gewalt angetan, dem das ganze Spektakel zu Ehren dienen sollte.

Denn dem Pater, der sich trotz KZ von den Nazimachhabern das Recht zu predigen nicht streitig machen ließ, dem wurde genau dies zuletzt durch seine eigene Kirchenobrigkeit verboten. Der getreue und gestrenge Partei-gänger Hitlers, Kardinal Faulhaber, vollbrachte, was die KZ-Haft nicht vermochte. Als gebrochener Mann starb Pater Rupert Mayer kurz nach Kriegsende in Kloster Ettal, wohin ihn Faulhaber in sicheren Gewahrsam genommen hatte, um ihn dort still zu halten, nicht um ihn dort vor den Nazis zu schützen und am Leben zu erhalten.

Es gab Christen beider Konfessionen, vor allem Teile des niedrigen Kirchenvolkes, die nicht konform gingen mit Rassenhaß, Judenhatz und Kriegsbegeisterung, sondern aus christlicher Haltung heraus Widerstand leisteten. Geistliche, die die Endkriegspropaganda verweigerten und umgebracht wurden, während die anderen in ihren Prälaten saßen.

Dagegen ließ die Kirchenobrigkeit dem faschistischen Staat ihre Meinungsautorität ganz freiwillig. Ihre traditionell antidemokratische, antikommunistische und obrigkeitshörige Grundhaltung und Denkweise war und ist die Wurzel für die Unterstützung vieler Verbrechen und der Systeme, die sie hervorgebracht haben.

„Aus den Höhlen knurrend ...

sind sie hervorgekrochen“, die Gegner des jüngsten Papstbesuches in der BRD (so Kardinal Höfner, Vorsitzender der diesjährigen „Deutschen Bischofskonferenz“ lt. „Tagesthemen“ vom 30.4.87). Das ist der heutige Umgangston der Kirchenobrigkeit mit Kirchenkritikern und all denen, die die Art „Vergangenheitsbewältigung“ des JP II mit Skepsis oder offener Ablehnung quittieren. Diesen „Bestien“, denen es an jeglicher Verehrung von Obrigkeit und Autorität fehlt, bescheinigte Höfner zudem, daß sie sich auf die Ebene des nationalsozialistischen Kampfblattes „Der Stürmer“ und des „NS-Mythos des 20. Jahrhunderts“ begäben. (lt. Spiegel Nr. 18/87)

Diese „Elemente“ gehören eingeschoren auf die heutige Obrigkeit, nicht zuletzt dafür haben Höfner und Anhang den JP II diesmal „gerufen

Schützend vor alle Juden gestellt ...

Als im April 1933 die Nazis zum Boykott jüdischer Geschäfte und Waren aufriefen, schrieb Kardinal Bertram, Erzbischof von Breslau und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, an die deutschen Erzbischöfe: es handle sich „um einen wirtschaftlichen Kampf in einem uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahestehenden Interessentenkreis“. Am 26. April 1933 besuchten der Osnabrücker Bischof Berning und der Berliner Generalvikar Steinmann Adolf Hitler. Sie erklärten: „Die Bischöfe anerkennen freudig, daß durch den neuen Staat das Christentum gefördert, die Sittlichkeit gehoben und der Kampf gegen Bolschewismus und Gottlosigkeit mit Energie und Erfolg geführt wird.“ Im Protokoll heißt es weiter: Hitler erwiderte „mit Wärme“, die kath. Kirche habe „1500 Jahre lang die Juden als Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto gewiesen usw.“ Auch er sehe „Schädlinge in den Vertretern dieser Rasse.“ Laut kirchlichem Protokoll verlief diese Unterredung „herzlich und sachlich“.

Am 15. September 1935 werden die berüchtigten Nürnberger Gesetze („Blutschutzgesetz“) erlassen. Der Münchner Kardinal Faulhaber schreibt im Oktober 1936 in einem Brief an den Breslauer Kardinal Bertram: „Der Staat hat das Recht, gegen Auswüchse des Judentums in seinem Bereich vorzugehen, im Besonderen, wenn Juden als Bolschewisten und Kommunisten die staatliche Ordnung gefährden.“ (laut „Report“, ARD vom 5.5.87)

und eingeladen“. Er kam nicht „als Pilger“ wie 1980. Eine Papstreise der Superlative wurde inszeniert: 26-Stunden-Medienrausch (rund 69 Millionen Mark hätte es den Vatikan gekostet, wenn er diese Sendezeit selbst hätte bezahlen müssen, die JP II von bundesdeutschen Fernsehanstalten freige-räumt wurde), überall Sicherheitsstufe 1, Begleitung des Papstes durch BGS-Hubschrauberstaffeln, eine Million allein für die 40 Meter große Altarinsel im Münchner Olympiastadion usw. usw. Leute wie Höfner (u.a. auch erster Berater des katholischen Unternehmerverbandes) sehen den Feldzug des Papstes gegen alle Demokratisierungstendenzen mit Genug-tuung.

Wer SPD wählt, kommt in die Hölle

Vor den Bundestagswahlen 1980 wurde auf mehr als 12.000 Kanzeln ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe verlesen, der sich akkurat anhörte wie die Wahlslogans der schwarzen Union. Es galt schließlich, dem frommen Katholiken und Antikommunisten Strauß Wahlhilfe zu leisten. Schon in den Jahren zuvor leisteten die höchsten Kirchenmänner Strauß dadurch Schützenhilfe, daß sie die sozialliberale Regierung wegen Familienpolitik, Abtreibung, Geburtsschwund und anderen Fragen der Nicht-Beachtung von Sitten-zucht und Ordnung unter Beschuß nahmen. Wahlkampf mit Gewissensdruck durch ihre Autorität bei den Gläubigen, massive Beeinflussung der „Herde“ unter Einsatz ihres ganzen Gewichts - damit ist noch immer nicht Schluß, denn auch unter Kohl und Wendepolitik sind längst nicht alle Ziele verwirklicht. Auch hierzulande wird noch immer zu viel von Menschenrechten geredet, das sagte JP II nicht umsonst auf westdeutschem bzw. bayerischem Boden.

Für das Recht auf unsere Seelen im Osten

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als der barbarische Völkermord Hitlerdeutschlands schon längst in vollem Gange war, bekannten die katholischen Bischöfe: „... Wir haben immer wieder ... unsere Gläubigen zu treuer Pflichterfüllung, zu tapferem Ausharren, opferbereitem Arbeiten und Kämpfen im Dienste unseres Volkes in schwerster Kriegszeit aufgerufen. Mit Genugtuung verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus, vor dem wir deutschen Bischöfe in zahlreichen Hirtenbriefen vom Jahre 1921 bis 1936 gewarnt haben, wie der Reichsregierung bekannt ist.“

Nur soviet - nicht mehr - zu damals.

Die „Macht des Bolschewismus“, sie hat dem Vatikan nie Ruhe gelassen bis heute. JP II hat dieser Macht auch endlich wieder härter die Stirn geboten, nachdem die von seinen Vorgängern Johannes XXIII und Paul VI eingeschlagene „neue vatikanische Ostpolitik“ wegen ihrer „naïven Unterschätzung des Kontrahenten“ und ihrer „unbegreifbaren Kompromißbereitschaft“ vaticanintern heftigst kritisiert worden war. (lt. A. Krims „Karol Wojtyla - Papst und Politiker“, Pahl-Rugenstein).

JP II's „Menschenrechtspolitik“, die den engen Zusammenhang von Religionsfreiheit und staatsbürgerlichen Freiheiten postuliert (siehe auch Eingangszeit zu diesem Artikel), ist nichts anderes als eine Kampfansage an die „atheistischen Feinde“, die sich bekanntlich v.a. in Osteuropa breit gemacht haben. JP II lehnt den „Dialog“, die Aussöhnung oder die „Entspannung“ mit diesen Mächten ab. Es

gibt keine Annäherung, denn der kommunistische Atheismus ist durch und durch von Übel, eine „Macht des Bösen“ und zugleich der Hauptfeind der Idee für ein

„christlich geeintes Europa“

In Augsburg vor dem Speyerer Dom forderte JP II erneut ein „neues geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural“ (Mittelbayerische Zeitung vom 5.5.87).

Ein Lieblingsthema von JP II. Die „Rechristianisierung des europäischen Ostens“ soll das Wundermittel sein, das den Weltfrieden beschern wird. (Wohl genauso, wie schon vor 1000 Jahren die Kirchengeschichte, die Geschichte des „christlichen Europa“ begleitet war von Zwangsbaptisierung, Inquisition, Kreuzzügen, Sklavenhandel, Kolonialismus u.a. Kriegen im Namen des Glaubens ... und vielen friedlichen Mitteln mehr).

Weniger friedlich klingt JP II bereits, wenn er von „willkürlichen Grenzen“ (Krims, ebda) in Europa redet und spätestens hier wird auch deutlich, wie sehr diese Papstfigur dem FJS ins Konzept paßt. Führt JP II doch denselben antikommunistischen Kreuzzug wie er selbst. Ein FJS kann trotz noch so deutlichem „C“ im Parteinamen für seine Zwecke die Kirche als Kampfmittel nicht annähernd so einsetzen, wie dies ein JP II autorisiert ist zu tun. „Frieden in Freiheit“ ergänzt sich ausgezeichnet mit dem christlichen Gebot des Papstes von „Religionsfreiheit“ und einem „wirklich menschlichen Humanismus, der Gott nicht ausschließen darf.“ Was bei JP II die „willkürlichen Grenzen“, das ist bei FJS das Gebot der Revision von Jalta.



„Wir sollten daran denken, daß Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw. genauso zu Europa gehören wie die Schweiz, Holland oder Belgien.“ (FJS laut DID Nr. 55 vom Nov. 1984).

Für dieses gemeinsame Ziel konnte sich auch Otto „von“ Habsburg in Sonderaudienz bei JP II stark machen.

Der „Osservatore Romano“ schrieb über den Parteitag der CDU im April 1981: „Auf die ‚weltweite geistige Offensive des Papstes aus Polen‘ setzt die Christlich-Demokratische-Union.“

Alois Mertens (CDU) machte deutlich, worauf man setzt: „Es ist schwer vorstellbar, daß dieser Papst als Oberhaupt des Vatikanstaates die unmenschlichste Grenze der Erde, die Deutschland und Europa teilt und eine russische Herrschaftszone westlich Polens gegen Recht und Freiheit absichern soll, durch weitere kirchenrechtliche Maßnahmen absegnen und verfestigt“ (Krims, ebda).

Nein, da hat er sie nicht enttäuscht, der JP II.

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie. Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München 2
V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15,-
☐ ein Förderabonnement DM 30,-

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postgirokonto Jacobi
München 288265-809

Der Müll, die Stadt und der Tod: Wallmann ist zurück

1502 Stimmen weniger für die CDU und 1502 Stimmen mehr für die SPD und Wallmann wäre nicht Ministerpräsident geworden. 1502 Stimmen haben Wallmann das entscheidende eine Mandat mehr gebracht. 1502 Stimmen, das sind 0,36 Promill der hessischen Wahlberechtigten (Hessen hat 4.169.092 Wahlberechtigte, davon hat etwa ein Drittel CDU gewählt). Wer oder was war das Zünglein an der Waage der traditionell mehrheitlich sozialdemokratischen Wählerschaft Hessens? Das Zusammengehen mit den Grünen? Die angeblich gleichmacherische Schulpolitik? Der Schutz der Plutoniumproduktion durch hessische Sozialdemokraten, oder Börmers vorgezogene Wahlen, die Wallmanns Rückkehr überhaupt erst ermöglichten?

Allein, daß 230.000 die SPD nicht mehr wählen reichte nicht, Wallmann mußte mit Hilfe der NPD Minister werden. Die NPD hatte „vergessen“, sich rechtzeitig zur Wahl anzumelden. Bei den letzten Bundestagswahlen in Hessen hatte die NPD 9000 Wähler und die haben diesmal bestimmt nicht grün gewählt.

So viel Gemeinsamkeit konnten die Linken nicht aufbringen. Erstens wurde die Koalition von SPD und Grünen ohne irgendwelche realistische Alternative - sieht man vom Traum mancher Sozialdemokraten nach einer großen Koalition ab - gesprengt und zweitens mußten sich die Linken den Luxus erlauben, daß die DKP zwar aussichtslos, aber trotzdem kandidierte. Damit gingen 9.185 Stimmen verloren.

Es ist manchmal garnicht so einfach, eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern, doch es scheint so, als wird von allen Beteiligten alles nur Menschenmöglich getan. Von der SPD sogar zum Preis der eigenen Dezimierung. Von München (Stadt) über Hessen bis Hamburg. Als ob es völlig gleichgültig sei, daß mit Strauß, Kohl, Wallmann und Konsorten die Ultrarechten der BRD vorstehen.

Säureattentat auf Gewerkschafter

Mit Wallmann hat Hessen einen Ministerpräsidenten bekommen, der eine Sprache spricht, die von den Nazis verstanden wird, der mit Plakaten wie „Das Ausländerproblem liegt in ihrer

Hand“ die Nazis geradezu auffordert, aktiv zu werden, und der 1978 eine DGB-Demonstration gegen die NPD verbieten ließ, um den Nazis den Rauswurf aus Frankfurt zu ersparen. Polizeischutz für die Nazis hat Günter Sares Leben gekostet. Die Pflege der politischen Nazilandschaft hat kürzlich

in Frankfurt einem Gewerkschafter einen Teil seiner Sehkraft gekostet - bis zu welchem Ausmaß können die Ärzte noch nicht sagen.

Reinhold Winter ist aktiver Gewerkschafter gegen Wallmann und Mitglied in der gleichnamigen Organisation. 1986 hinderten die Gewerkschafter

DEMONSTRATION

HESSEN bleibt wallmannfrei...

Hessische Verfassung gebietet AUSSPERRER HINTER GITTERN

DIE NAZIS HABEN DIE GEWERKSCHAFTEN VERBOTEN DIESE REGIERUNG WILL SIE AUSBLUTEN

MEHR GELD FÜR SOZIAL-HILFE-EMPTÄNGER

28. MÄRZ '87 SAMSTAG 10.00 UHR ab Gewerkschaftshaus/Frankfurt Kundgebung: Paulsplatz

Kein REDE und VERSAMMLUNGS RECHT für NAZI-ORGANISATIONEN

Das LINKE-GESCHRÄNKE AUSENDRICH, AUFHEBUNG SAMMELLAGER

»Gewerkschafter gegen Wallmann«

Wallmann am glorreichen Einzug ins Gewerkschaftshaus zum Neujahrsempfang des DGB. Seitdem war Reinhold Winter lange genug in der Öffentlichkeit als der präsentiert worden, der Wallmann getreten und geschlagen habe. Nun wurden die Nazis wieder aktiv. Auf die schweinische Art, zu der nur die Nazis fähig sind, haben sie Winter in der Früh vor seiner Wohnung abgepaßt. Ein unter einem Motorradhelm Getarnter sprach ihn an und schüttete ihm Salzsäure ins Gesicht.

**„Ich habe eine Stadt verändert,
ich werde auch ein Land verändern“
(Wallmann)**

Zwei Tage nach dem Attentat demonstrierten etwa 800 Menschen in Offenbach, dem Wohnort Winters, gegen den Naziterror. Das Attentat hatte Gewerkschafter, SPD und DKP zusammengeführt.

Wochen vorher waren es in Frankfurt nur 300, die dem Aufruf der „Gewerkschafter gegen Wallmann“ zu einer Demonstration vor der Hessen-Wahl folgten. Die Demonstration hatte nicht

nur die Fortsetzung der rot-grünen Koalition gefordert, sondern ihre Forderungen an eine solche Regierung gleich mitgeliefert:

„Doch zumindest haben wir noch erwartet,

- daß das Verbot der Aussperrung, das in der Hessischen Verfassung verankert ist, angewendet wird. Auch auf die Gefahr hin, daß dies zu einem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht führt,
- daß in den landeseigenen Betrieben in Hessen die 35-Stunden-Woche eingeführt wird. Das hätte geringe Kosten verursacht, unsere Position im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung aber gestärkt,

- daß die Kolleginnen und Kollegen, die nicht wissen, wie sie mit Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe über die Runden kommen sollen, mit einer Ausgleichsabgabe in Höhe der Bonner Kürzungen unterstützt werden,

- daß Naziorganisationen verboten werden und somit eine Grundlage geschaffen wird, daß die Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen besser bekämpft werden kann,

- daß die menschenunwürdigen Einweisungen in Zwangslager aufhören und unsere verfolgten Kollegen nicht abgeschoben werden. Das gesetzlich verbrieft uneingeschränkte Asylrecht muß Wirklichkeit werden.“

Was ist an diesen Forderungen dran, daß sie von SPD, Grünen und DKP nicht unterstützt werden könnten? Gleichzeitig: Was würde es für die ganze BRD bedeuten, wenn diese Forderungen in die Tat umgesetzt würden? Selbst die SPD könnte wieder zum Hoffnungsträger werden!

Doch diese Einigkeit ist unter Linken noch nicht geschaffen. Immer erst hinterher. Als Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam in den KZs saßen, gab es Schwüre, sich nie wieder spalten zu lassen. Und heute kann man sich nicht gegen eine Regierung Wallmann zusammenraufen. Brauchen wir Neonazis, Säureattentate oder gar KZs um zu wissen, wo der Feind steht? Die Nazis werden uns nicht erspart bleiben, wenn wir die Wallmänner nicht verhindern - im Grunde wissen wir das alle. Wie lange lassen wir uns noch Zeit?

Die Münchner SPD: Lieber mit Straußen's CSU

Mit der rot-grünen Mehrheit im Münchner Rathaus ist vorerst einmal Schluß. Nach dem inszenierten Flasko um die Wahl des Nachfolgers für Gauweiler im Kreisverwaltungsreferat herrschte in der Münchner SPD Verwirrung. Ratlosigkeit - aber auch Befriedigung. 4 SPD-Stadträte hatten dem eigenen Kandidaten die Stimme versagt und damit den Weg frei gemacht für den CSU-Mann Uhl. Peter Kripp und Doris Henkel aus der SPD fühlten sich als „Verräter“ enttarnt („Unsere Ehre und Würde wurden zerstört“) und verließen die Partei. Die Konsequenz: den Schwarzen gehört das Feld. Die CSU verfügt zusammen mit der FDP und den beiden Abtrünnigen über zwei Stimmen mehr als SPD und Grüne. OB-Kronawitter konnte nicht verbergen, daß er über das neue Kräftever-

hältnis nicht enttäuscht war. Unverhohlen äußerte er Genugtuung darüber, daß der rot-grüne Deal beerdigt ist: „Es ist tödlich, mit Fundamentalisten regieren zu wollen.“

Was wäre denn so untragbar für die SPD in einem rot-grünen Bündnis? Zusammen mit den Grünen könnte die SPD zumindest dafür sorgen, daß die Flüchtlinge, die in München leben müssen, nicht in miesen, erbärmlichen Lagern, sondern in menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden. Sie könnte durchsetzen - und wie greifbar nah war dies schon mit Christian Ude an der Spitze des Kreisverwaltungsreferats - daß das Versammlungsrecht so gehandhabt würde, daß wir uns versammeln können. Und nicht ständig von den Beamten des Kreisverwaltungsreferats, der Polizei schi-

kaniert, gestört und an der Ausübung unseres Grundrechts gehindert würden. Und sie wäre in der Lage, die von der bayerischen Staatsregierung beschlossenen AIDS-Zwangsmaßnahmen in der Stadt München nicht anzuwenden.

Wäre das so „tödlich“? Die Alternative heißt Zusammenarbeit mit der CSU, der Reaktion. Und die war in manchen SPD-Kreisen und bei OB-Kronawitter schon immer beliebter als das Bündnis mit den Grünen. Jahrelang genoß der rigide CSUler Gauweiler als Kreisverwaltungsreferent das Vertrauen und die Unterstützung des OB. Daß in der SPD die Forderungen laut wurden, den wildgewordenen Strauß-Zögling mehr zu bremsen, focht Kronawitter nicht an: „Für mich hat die Funktion als OB Vorrang vor dem, was die SPD von mir erwartet.“

Ein Eldorado von Spionen, Agenten, Agitatoren und Verbrechern aus allen Teilen der Welt

dazu mache die „nahezu selbstmörderische Selbstlosigkeit, mit der jeder Fremde ins Land gelassen werde“, diese Republik. „Wirksamere Kontrollen und strengere Anwendung des Ausländerrechts könnten zwar das Gastarbeiterproblem nicht lösen. Sie könnten es nur von der Schacke der Kriminalität und der Radikalität befreien.“ (DM 5/73)

Wer war es, der bereits 1973 diese immer noch hochaktuelle Feststellung im Deutschland-Magazin machte?

Der neue Mann von Strauß in Bonn, der seit diesem Frühjahr amtierende Minister für Entwicklungshilfe Hans Klein. Gleich zu Beginn seiner Amtsperiode sorgte er für einen politischen Eklat, mit dem er demonstrierte, wessen Wind auch unter seiner Ägide im Entwicklungshilfeministerium weht. Pünktlich zum Besuch des israelischen Präsidenten Chaim Herzog erklärte er in „Welt am Sonntag“, Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien seien „vernünftig“. Daß dies als Provokation des israelischen Präsidenten gemeint und gewertet werden mußte, weiß jeder spätestens seit dem Besuch von Strauß in Israel 1982, wo er exakt den gleichen Skandal vom Zaun brach.

Die Grüne Abgeordnete Gabi Gottwald, die mit ihm zusammen im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags saß, über Klein: „Er ist nicht dumm, nein, er ist einfach ultrabrutal rechts.“ (TAZ 17.3.87) Eigenschaften, die dem Vertreter Strauß'scher Außenpolitik in der Bonner Ministerrunde durchaus gut zu Gesicht stehen.

Aber hat Gabi Gottwald recht? Ist Klein tatsächlich ein würdiger Nachfolger Warnkes, der 1982 in der deutschen Entwicklungshilfe die Wende vollzog (und jetzt Dollinger im Verkehrsministerium ablöst)?

Im Sommer '86 durfte Klein im Deutschlandmagazin das außenpolitische Programm der CSU vorstellen. Klein schreibt regelmäßig für das Blatt, das in den Augen von Prof. Walter Jens demonstriert: „Daß es in deutschen Ländern wieder eine Rechte gibt, die nicht argumentiert, sondern zuschlägt. Eine Rechte, der es nicht um Widerlegung, sondern um Vernichtung geht.“ (PDI, Die Deutschlandstiftung - Rechte APO von Dregger und Strauß?). In seinem Bericht vertritt er brav die Positionen des Chefs: Die deutsche

Frage ist selbstverständlich offen. Europa muß gestärkt, die unter kommunistischer Herrschaft lebenden Deutschen befreit werden, mit der stalinistischen Auslegung der Beschlüsse von Jalta werde man sich nicht abfinden. Entwicklungshilfe bekommen nur die, die es mit der Freien Marktwirtschaft halten (Deutschlandmagazin 7/86).

Originalton Hans Klein: „Solange die Sandinisten die Demokratie nicht nur unterdrücken, sondern systematisch abbauen, wäre es falsch, diesen Prozeß auch noch zu finanzieren.“ (FR 14.3.87 - zur Streichung der Entwicklungshilfe an Nicaragua). Da hält er es lieber mit Chile: Der Antrag der SPD, dem Militärregime in Chile keine politische, moralische oder finanzielle Unterstützung zu leisten, sei „unannehmbar“, man solle den Militärs in Chile glauben, daß sie den „Redemokratisierungsprozeß beschleunigen“. Das sagte Klein laut „Spiegel“ Nr. 5/85.

Die vergangenen 2 Jahre haben deutlich gezeigt, daß Pinochet, Strauß und Klein mit Demokratie nichts zu tun haben, man konnte jedenfalls von CSU-Seite keine Kritik an den blutigen Vorgängen in Chile hören.

Unermüdlich im Dienst der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (Strauß über die CSU 1970)

Als Großdeutscher

Der Demokratische Informationsdienst (DID Nr. 3) vom Mai 1974 berichtete von einem Besuch Kleins bei einer Veranstaltung der neofaschistischen NPD im Münchner Schwabinger Bräu.

Bereits 1977 beteiligte sich Klein an einer Aktion von CSU, CDU - Abgeordneten zur Verbreitung des gesamten Deutschlandlieds: Von der Maas (Holland) bis an die Memel (UdSSR), von der Etsch (Italien) bis an den Belt (Dänemark). Diese Aktion hat in der



So ein Schwein

Folge, wie man weiß, immer wieder Nachahmer gefunden.

Als vertriebener Funktionär

Seit Dezember 1977 ist Klein Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“ und zählt damit zum engsten Führungskreis der sudetendeutschen revanchistischen Organisationen um den ehemaligen Naziredakteur Dr. Walter Becher (MdB - CSU).

Derzeit ist auch Klein Vorsitzender des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), der (wie der hessische SPD - MdL Holzapfel feststellte) „zu jener Grauzone gehört, an der der deutsch-nationale Rand der CSU, CDU ununterscheidbar in den Rechtsextremismus übergeht“. Der von Klein geführte VDA unterhält enge Beziehungen zur Traditionsgemeinschaft ehemals führender Nazis aus dem NSDAP - Gau Sudetenland und dem Witikobund. Beide Organisationen sind an einem Schüleraustausch mit dem faschistischen Chile beteiligt. (Zitiert nach Neue Kommentare 4/78).

Als Außenpolitiker

lag und liegt ihm (wie seinem Herrn und Meister) besonders das Schicksal Deutsch-Südwest-Afrikas (Namibia) am Herzen. In Namibia, das von südafrikanischen Truppen besetzt ist, wurden 1978 und 1985 von Bothas Gnaden Wahlen abgehalten und sogenannte Übergangsregierungen eingesetzt, die sich aus weißen und schwar-

Fortsetzung auf Seite 31

Strauß in Aktion



Frieden, Freiheit und die Deutsche Nation Der Ruf nach Wiedervereinigung

Nach Kohls dreifacher Null-Lösung hat die Stahlhelmfraktion um Alfred Dregger (er kämpfte am Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus immer noch mitten in Schlesien - DID 57), Bernhard Friedmann, Manfred Abelein (theoretischer Begründer der Strauß-These links = rechts) und Jürgen Todenhöfer (hat schon eigenhändig in das sowjetisch besetzte Afghanistan gefeuert), das heißeste Eisen ins Feuer gelegt: die Wiedervereinigung.

In jedem Fall sei das Ergebnis aller diskutierten Null-Lösungen „eine Verschlechterung der deutschen Sicherheitssituation“. Es sei nötig, die Spannungssachen selbst zu beseitigen, schrieb Friedmann in seinem Thesenpapier „Wiedervereinigung der Deutschen als Sicherheitskonzept“ und, „noch nie war die Chance so günstig, die Lösung unserer nationalen Frage im Interesse aller voranzubringen.“ (FR 21.5.87)

Ein neuer Vorstoß zur Wiedervereinigung? Ganz so neu nicht. Nach der Asyl- und Ausländerkampagne der

Reaktion im letzten Jahr, nach dem Kampf für einen gesunden deutschen Volkskörper - gegen Aids, steht das deutsche Nationalbewußtsein wieder ganz im Vordergrund.

Trendsetter: Franz Strauß. Das war sein Wahlkampfthema zur Bundestagswahl im Januar. Im Wahlauftritt (Bayernkurier) erklärte er: „Uns geht es um ein Bekenntnis zur nationalen Identität, zu einem aufrechten Gang durch die Geschichte und um die Wiedergewinnung eines selbstverständlichen und europäischen Maßstabes orientierten Patriotismus.“ (SZ 7.1.87) Und so sah der SZ-Berichterstatte Hans Holzhaider Straußens Wahlkampfauftritte:

Den Schluß variiert Franz Joseph Strauß nie. Der Aufruf zur nationalen Identität ist konstanter Höhepunkt in den Reden des CSU-Vorsitzenden ... Jede Wahlrede ist so gut wie ihr Schluß ... Wenn alles gesagt ist, wenn SPD, Grüne, FDP ihr Fett abbekommen haben, ... dann bolt Franz Joseph Strauß zum großen

Paukenschlag aus. Im Landtagswahlkampf waren es die Asylanten - die sind passé, das Wort Asyl kommt nicht mehr vor. Das neue Zauberwort heißt „nationale Identität“. „42 Jahre nach Kriegsende ist es an der Zeit, daß wir aus dem Dunstkreis des Dritten Reichs, aus der Belastungssphäre Hitlers herauszutreten.“ Der Beifall schwillt zum Orkan an. ... Aus dem Dunstkreis Hitlers herauszutreten, das bedeutet wieder sagen zu dürfen: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ Noch einmal rauscht der Beifall auf und ebbt erst ab, wenn die Kapelle die Hymnen intoniert, zuerst die bayerische, dann die bundesdeutsche. (SZ 21. 1. 87)

Einer dieser Auftritte fand in Heidesheim (Baden - Württemberg) statt. Strauß hat, sagte er, „sehr gern eine zusätzliche Rede“ in diesem Wahlkreis zugesagt, weil sich hier ein „lieber, alter Freund und Gesinnungsgenosse“ Manfred Abelein zur Wiederwahl stellt. Ein weiterer Auftritt startete in Nehren bei Tübingen (Baden - Württem-

berg). Dies ist der Wahlkreis des CSU-Abgeordneten Jürgen Todenhöfer, ebenfalls für Strauß „mehr als nur ein Kollege und Parteifreund“. Eben die Freunde in der Stahlhelmfraktion der CDU.

Warum Strauß nicht selbst den Wiedervereinigungsvorschlag als Friedensplan vorstellt? Erstens hat er das schon, im vertrauten Bayernkurier-Kreis, und zweitens muß Strauß nicht immer das Frontschwein spielen. Bei der Forderung, das Asyl aus dem Grundgesetz zu streichen, ließ er Lummer den Vortritt. Der Satz: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ war nach dem Krieg zuerst nur den alten Nazis vorbehalten. Mittlerweile tragen ihn Neonazis auf T-Shirts und deutsche Sportler in die Welt. Konkrete Vorstellungen über einen konkreten Weg unter derzeitigen Kräfteverhältnissen waren bisher den Revanchistenverbänden (Die Zeitschrift Schlesier hatte die Vision eines Einmarsches - Schlesier 8.2.85) oder sogenannten „national-revolutionären“ Strasser-Faschisten vorbehalten, die über ein blockunabhängiges, wiedervereinigtes, angeblich friedliches Deutschland nachdenken. Bernhard Friedmann hat die Rolle übernommen, ein erstes Diskussionspapier in den Bundestag einzubringen. Dabei geht es noch nicht um die Grenzen von '37, sondern um eine Wiedervereinigung oder zumindest Konföderation oder einen Bundesstaat BRD/DDR.

Von der Öffentlichkeit fast unbeachtet, machte Strauß bereits 1978 einen bemerkenswerten Vorschlag in einem Gespräch mit Breschnew: „Wenn Sie sich eines Tages in der Lage sehen könnten, Deutschland wieder als Ganzes zu sehen, dann wäre es Pflicht und Wille der Deutschen, Ihnen Garantien zu geben, daß Sie an Ihrer Westflanke nie mehr Probleme haben“. (Wir berichteten im DID Nr. 55). Das war das Zuckerl und dann kommt die Peitsche: „Normal können die Verhältnisse in Deutschland und Europa erst dann wieder sein, wenn alle europäischen Völker im Besitz des Selbstbestimmungsrechts sind.“ (Strauß im Bayernkurier 4.5.85) Oder, wie die Stahlhelmer sagen, wer den Frieden will, der muß Spannungsursachen, also die deutsche Teilung beseitigen.

Gebt den Deutschen den ihnen zustehenden Raum, dann wird es Frieden geben. Eine Lösung, mit der der deutsche Imperialismus im Zweiten Weltkrieg die halbe Welt verwüstete. Ein „Sicherheitskonzept“, das Krieg bedeutet.

Ist die Frage der Wiedervereinigung von rechts gestellt - einfach nur abartig und realitätsfern in der gegenwärtigen

gen Kräftekonstellation? Es wäre auf jeden Fall ein Drahtseilakt der BRD zwischen den USA und der Sowjetunion.

Mit dem Milliardenkredit hat sich Strauß die Eintrittskarte besorgt für das Gespräch mit dem Osten. Mittlerweile passieren Dinge, die man von Strauß früher nicht erwartet hätte. Strauß kritisierte Kohls DDR/KZ und Gorbatschow/Göbbels-Vergleich.

Nach Straußens letztem Leipzig-Besuch lobte die „Neues Deutschland“ Straußens Aussage, daß man „natürlich auch den Berlin-Status nicht zu einer heiligen Kuh machen“ darf. Sie kennzeichnete Strauß als einen Mann, der wisse, „wo die Blockierer zu Hause sind“, im Gegensatz zu Kohl, der Schwierigkeiten habe, sich „vom Rockzipfel Washingtons zu lösen.“ (TAZ 21.3.87) Strauß hält sich derzeit in der Null-Lösungs-Diskussion sehr zurück und die Presse vermutet, er warte auf eine Einladung von Gorbatschow nach Moskau.

Die deutsche Wiedervereinigung, die Stärkung des deutschen Imperialismus auf Kosten der militärischen Bindung an die USA? - für Strauß wohl durchaus denkbar. Doch was sagt „der Osten“ dazu? Die DDR hat schleunigst dementiert, als Otto Lamsdorff der Bildzeitung mitteilte, daß ein „Wiedervereinigungs-Angebot aus Mos-



Moses und das Wiedervereinigungsgebot

kau nicht undenkbar“ sei in der gegenwärtigen Abrüstungsdiskussion. Lamsdorff hält es für möglich, daß Gorbatschow unter der Bedingung des Abzugs aller ausländischer Truppen die Wiedervereinigung Deutschlands anbieten könnte. Der parlamentarische Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Otfried Hennig, erklärte, daß keine Informationen über derartige Absichten der SU vorlägen, aber er rechne seit langem damit, daß irgend etwas komme, daß die Sowjetunion die „deutsche Karte spielen“ werde. (FR 13.5.87)

Und Strauß: „Ich bleibe dabei, daß auch der Bereich des realen Sozialismus sich in einem Prozeß des Umbaus, des langsamen Wandels befindet, daß aber erst am Ende dieses Prozesses eine Lösung des Problems der Wiedervereinigung ... erwartet werden kann.“ Das Ende des Prozesses scheint noch nicht erreicht, deshalb distanziert auch er sich vorsichtig vom Stahlhelm-Papier: die Vorschläge seien gut gemeint, aber mit einem „Mangel an Instinkt“ behaftet (SZ 1.6.87) und überhaupt hätten sich in der Null-Lösungsdebatte viel zu viele selbsternannte Strategen mit irreführenden Aussagen zu Wort gemeldet (FR 1.6.87), denn es gibt nur einen Außenminister: Strauß.

„Aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten“

müsse das deutsche Volk, forderte Strauß. Dieser Aufforderung kommt die Bundesregierung mit der Volkszählung nach und mit ihr die Stadt- und Gemeinderäte bis hin zum freiwilligen Zähler, dem ganz gewöhnlichen Spitzel, dem „Blockwart“, der auch schon bei den Nazis zuständig war für einen von zwei Straßen begrenzten Häuserblock und der die „gesamten Vorgänge in seinem Bereich“ zu melden hatte. (Aus: „Die Organisation der NSDAP“, München 1943)

Wissen sie es nicht, haben sie es vergessen oder macht es ihnen nichts aus, daß sich die Faschisten mit Hilfe der Volkszählung einen Überblick über die Anzahl der kriegsfähigen jungen Männer verschafft haben? Haben sie vergessen, daß die Nazis aus Volkszählungen wußten, wieviele Frauen sie neben der Aufzucht von Soldaten für das Granatendrehen übrig hatten?

Es macht ihnen nichts aus, 1987 wieder nach der Zugehörigkeit zur „jüdischen Religionsgesellschaft“ zu fragen, obwohl diejenigen, die von den Faschisten die Merkmale „jüd.mos.isr.“ in ihre Hololith-Karte gestanzt bekommen, bald darauf in den Gaskammern starben.

Wir unterstellen nicht, daß sie die Beseitigung der Juden vorhaben, die die Gaskammern überlebten. Sie haben nur nie aufgehört zu denken wie von 1933 bis 1945. Es war eine Zeitlang klug, sich antifaschistisch zu gebärden. Heute ist es Zeit, aus dem Schatten der Geschichte herauszutreten und über Bord zu werfen, was aus der Vergangenheit gelernt wurde.

Im Mai 1949 wurde das Grundgesetz der BRD verkündet, das ausdrücklich eine Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten einerseits und Polizei und Strafverfolgungsbehörden andererseits verbot. Der Grund hierfür war die Erfahrung aus der Herrschaft der Hitlerfaschisten. Die Erfahrung hat einen Namen: Gestapo.

Die Trennung der Geheimdienste und der Exekutivorgane des Staates konnte nach dem Terrorregime durchgesetzt werden als Schutz des Volkes vor dem Gewaltmonopol des Staates. Mit dem „Gesetz über informationelle Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ...“, kurz ZAG, wurde der Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten und der Polizei wieder rechtlich abgesegnet und gleichzeitig zur Pflicht. Aus der früheren eher inoffiziellen Amtshilfe wurde mit dem ZAG die Auskunftspflicht. Beamte im Verkehrsregister sind verpflichtet, von sich aus Auffälliges an den Verfassungs-

Was heißt hier Abbau von Rechten? Es gibt ja auch immer weniger Bürger.

Wolfgang Thiermer



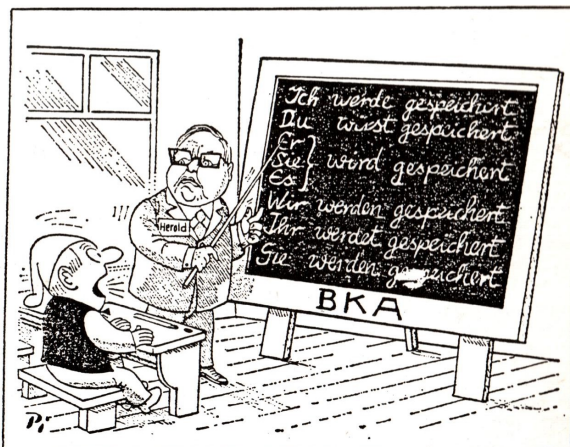
schutz zu melden - Denunziation wird zur Pflicht.

Haben die Gesetzgeber vergessen oder macht es ihnen nichts aus, daß auch die Gestapo 1939 eine „Verordnung über den Volksmeldedienst“ herausgab, die die „Verpflichtung zur allgemeinen Denunziation“ zum Inhalt hatte? Wir wollen die Polizei von 1987

nicht mit der Gestapo gleichsetzen. Sie ist nicht die Gestapo. Eine solche Gleichsetzung wäre eine gefährliche Verharmlosung des faschistischen Polizeiapparates. Die Polizei heute hat nur bereits wieder - rechtlich abgesichert, also legal - die gleichen Machtmittel wie die Geheime Staatspolizei.

Und sie hat darüber hinaus noch etwas, das selbst die Gestapo noch nicht hatte: Die Möglichkeit der lückenlosen, sekundenschnellen Überprüfung und Erfassung von beliebigen Bevölkerungsgruppen an beliebigen Orten - nämlich den maschinenlesbaren Personalausweis. (Zimmermann nennt ihn fälschungssicher, was er selbstverständlich nicht ist, denn alles, was Menschen gemacht haben, kann man nachmachen. Zimmermann hält den Ausweis zur allgemeinen Sicherheit vor Terroristen für notwendig. Nun weiß aber jeder Krimileser, daß gerade „Terroristen“ ausländische Ausweispapiere bevorzugen.)

Der neue Ausweis ist kein Instrument zum Schutz des Volkes, sondern gegen das Volk. Die französische Mitterand-Regierung hat deshalb (als Wahlversprechen, das sie auch einlösen mußte) ein entsprechendes Vorhaben des Konservativen Giscard d'Estaing abgelehnt. Die Franzosen befürchteten nach der Erfahrung mit der deutschen Besetzung ihres Landes im zweiten Weltkrieg den Gebrauch dieses Kontroll- und Überwachungssystems durch eine faschistische Diktatur.



Deutschstunde

(Pieler/Kölnischer Stadtanzeiger)

Die Meinung ist frei, außer ...

21 bayerische Richter haben Respekt bekundet für ihre Kollegen, die am 21. Januar 1987 das Atomraketen-depot in Mutlangen blockierten. Die 21 sollen mit Disziplinarmaßnahmen gemäßregelt werden. (FR 23.3.87)

Zwei Juristen aus Regensburg droht ein Ehrengerichtsverfahren, weil sie sich zu stark gegen die WAA in Wackersdorf und die damit verbundenen Polizeimaßnahmen engagieren. Wegen ihrer Äußerungen über das Vorgehen von Polizei und Justiz wurde von der Nürnberger Rechtsanwaltskammer die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. (SZ 25.3.87)

Auch Forschung, Wissenschaft und Lehre sind nicht ganz frei. Der Regensburger Universitätsprofessor Brekle erhielt vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst einen Verweis, weil er seine „Dienstpflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung bei der politischen Betätigung“ verletzt habe. Er hatte einen Gedenkstein enthüllt, auf dem Strauß und einigen Ministern vorgeworfen wurde, daß sie die Heimat an die Atom-Lobby verkauft haben. (SZ 20.2.87)

Für Strauß gibt es keine Grenzen der Instanzen

„Ein Vollblutdemokrat wird solche Sachen nicht auf sich beruhen lassen“, erklärte Straußens Privatklässer Ossmann und meinte damit den nunmehr sechseinhalbjährigen Versuch, Alfons Lukas wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten verurteilen zu lassen. Alfons Lukas war Darsteller mit Straußmaske im „Anachronistischen Zug“ gegen den damaligen Kanzlerkandidaten Strauß, der als Straßenaufführung des gleichnamigen Brecht'schen Gedichts 1980 drei Wochen durch die BRD zog. Die Straußmaske fuhr im sogenannten „Plagenwagen“ mit sechs Nazigrößen, ständig vergeblich bemüht, die neu aufstehenden alten Plagen zu verdecken.

Nachdem der Prozeß gegen Alfons Lukas schon beim Bundesverfassungsgericht angelangt war, und dort die Freiheit der Kunst bekräftigt wurde, geht der Weg nun wieder nach unten in die niederen Instanzen bayerischer Gerichte. Am 7.5.87 entschied das Bayerische Oberste Landesgericht, daß der Fall vor dem Münchner Landgericht II wieder aufgerollt wird. Dabei machen Staatsanwalt und hohes Ge-

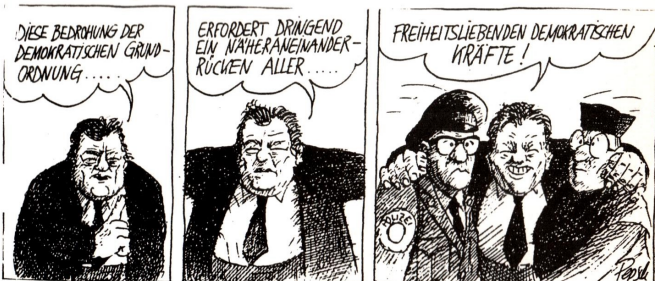
richt mittlerweile das, was Alfons Lukas fälschlich zur Last gelegt wird: der Vergleich der Personen Strauß und Hitler. So hieß es in einem Schriftsatz der Staatsanwaltschaft, Lukas sei „in der Maske Hitlers aufgetreten“ und Richter Biebl fragt sich, warum „die Beschlagnahme der Hitlermaske unerörtert geblieben“ sei. Das kann die nächsten sechs Jahre heiter werden, eine möglicherweise unendliche Geschichte.



Die örtliche CSU verteidigt Dachau „bis zum letzten Blutstropfen“

vor einer internationalen Jugendbegegnungsstätte. Die CSU will aus dem Schatten der Geschichte heraustreten. Nichts ist für sie störender als die Erinnerung an Grauen des deutschen Imperialismus. Deshalb war sie gegen eine finanzielle Beteiligung an der deutsch-polnischen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz (wir berichteten in der letzten Ausgabe des DID) und deshalb ist sie auch gegen eine Jugendbegegnungsstätte in Dachau, die vor allen Dingen von kirchlicher Seite befürwortet wird.

Wie sehr gerade die Dachauer CSU aus dem „Schatten der Geschichte“ getreten ist, erzählt sie selbst. Dachaus zweiter Bürgermeister Engelhard, will für eine solche „Vergangenheitsbewältigungsstätte“ ... „keinen Quadratmeter Dachauer Boden hergeben und auch kein Geld dafür zuschießen“. Der CSU-Fraktionsführer im Dachauer Stadtrat: seine Partei werde sich „bis zum letzten Blutstropfen zur Wehr setzen und mit aller Kraft eine Jugendbegegnungsstätte in unserer Stadt zu verhindern suchen“.



Vorwärts

Bayerische Beschäftigungsspirale

Dafür, daß die bayerische Justiz beschäftigt ist, sorgt die CSU. Im Haushalt 87/88 hat sie nun auch neue Planstellen geschaffen, um „mit der stark angestiegenen Arbeitsbelastung“ in den Gerichten fertig zu werden. Alleine in München wurden 110 neue Planstellen in den Gerichten geschaffen. Doch die Nachrüstung scheint noch nicht beendet. Oberstaatsanwalt Dieter Emrich, gleichzeitig Vorsitzender des Hauptstaatsanwaltsrats und Vorsitzender des Bayerischen Richtervereins,

lobte das Engagement bei der Rechtsprechung, bedauerte aber, daß nur vier neue Planstellen für die Staatsanwaltschaft geschaffen wurden. Angesichts weiter steigender Kriminalität sieht er hier Handlungsbedarf: „Die Planstellenmehrung bei der Polizei muß eine gesunde Korrespondenz haben zur Mehrung bei Richtern und Staatsanwälten“. (SZ 18.4.87) So „gesunde“ Menschen wie Herr Emrich fühlen sich in Bayern wohl - Kranke haben AIDS.

Schützt die Daten vor den Menschen

Persönlichkeitsrechte zu schützen, liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Datenschutzbeauftragten. Mit dieser Ansicht verweigerte die bayerische Justizministerin Berghofer-Weichner dem Datenschutzbeauftragten Stollreither Einsicht in Akten des Justizministeriums. Ebenso wenig darf er prüfen, ob diese Verweigerung nach bayerischem Recht zulässig ist. Die CSU sieht darin keine Vernachlässigung des Datenschutzes, denn „das Justizministerium prüft eben selbst mehr intern“. Entscheidend ist eben die Definition des Wortes „Datenschutz“. In der Industrie bedeutet Datenschutz den Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff von Angestellten und Arbeitern. Die Volksvertreter der CSU sehen das wohl genauso. Aufgabe des obersten bayerischen Datenschutzbeauftragten ist es also, die Daten vor dem Volk zu schützen. Damit er das auch tut, wird die richtige Person ausgewählt. Nachfolger für den bald in Pension gehenden Stollreither soll Ministerialrat Schelter werden. Derzeit ist er noch persönlicher Referent von Sozialminister Hillermeier. (SZ 20./21.5.87)



Schönhuber darf man Nazi nennen

Polizei und Staatsanwaltschaft waren der Meinung, daß das Überschreiben von Republikaner-Plakaten mit der Parole „Nazis raus“ eine Beleidigung für Franz Schönhuber sei. Der Angeklagte und sein Verteidiger (Jürgen Arnold, München) sahen das anders und bekamen vor Gericht recht. Sie wiesen nach, daß Schönhuber sich seiner Nazi-Vergangenheit offen rühmt und deshalb nicht beleidigt sein kann. Übrig blieb nur noch die Sachbeschädigung. (TAZ 6.5.87)

In einem sind sie alle gleich: Alle keine Nazis

Seit einem Jahr liegt Bundesinnenminister Zimmermann Beweismaterial der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, um die Nazi-Organisation „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) zu verbieten. Laut Frank-

furter Rundschau (FR 12.5.87) hat Zimmermann durchblicken lassen, daß er von einem Verbot der FAP nichts halte. Schon vor Jahren hatte die CSU auch von einem Verbot der Hoffmann-Bande nichts gehalten. Offensichtlich

hat die CSU Abgrenzungsprobleme - auch personell: So ist Strauß der Meinung, daß die NPD „keine Nazis“ seien (SZ 18.5.87) und sich selbst hält er auch für keinen - wo ist da der Unterschied?

Das „Nicht-Mitglied der Bundesregierung“ knapp an der Lüge vorbei

Als Glückwunsch eines „Nicht-Mitglieds der Bundesregierung“ bezeichnete der Sprecher der Bundesregierung das Telegramm von Strauß an den südafrikanischen Ministerpräsidenten Pieter Botha. (FR 12.5.87) Botha war von den Weißen Südafrikas mit deutlicher Mehrheit gewählt worden.

Die freundschaftliche Beziehung von Strauß zum Rassenregime in Südafrika hat sich erst kürzlich durch die Vermittlung von U-Boot-Aufträgen bzw. Plänen offenbart. Strauß hatte auch im nachhinein die Geschäfte verteidigt und argumentiert, daß die U-Boote wohl schlecht zur Bekämpfung von Rassenunruhen geeignet seien. Der wissende Strauß hat die offene Lüge damit nur knapp verfehlt. Denn,

was im ersten Moment so einleuchtend erscheint, ist beim zweiten Hinsehen nicht mehr so klar. Die Zeitschrift „Wiener“ enthüllte, daß der südafrikanische U-Boot-Auftrag eine Spezialanfertigung sein sollte. Das Schiff sollte spezielle Luken haben, um unter Wasser Kampftaucherunterstützungsfahrzeuge auszustoßen und wieder aufzunehmen. Die Bewaffnung mit Kurzstreckenraketen wäre für die Unterstützung der Kampftaucher an Land geeignet. Das Triebwerk sollte so verstärkt werden, daß der Aktionsradius 6000 nautische Meilen beträgt. Damit war das U Boot für Sabotageeinsätze in den schwarzafrikanischen Frontstaaten gut präpariert. So ist z.B. die Erdölförderanlage Angolas (Cabinda) etwa 3000 Meilen vom südafrikanischen U-

Boot-Stützpunkt entfernt. Am 13. Mai 1985 hatte eine Terrorgruppe der südafrikanischen Armee von Schnellbooten aus versucht, die Anlagen in Cabinda zu sprengen. Das Attentat scheiterte, die Terrorgruppe wurde festgenommen. Bei sich trugen die Soldaten unter anderem einen Farbeimer mit Pinsel. Mit der Bekennerlosung „viva UNITA“ sollte der Terroranschlag einer angolanischen Gruppe zugerechnet werden.

Das deutsche U-Boot wäre vielleicht für den direkten Einsatz in Soweto nicht geeignet - das ist aber auch schon alles.

Die Deutsche Bundespost verteilt Freyheit

Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD), die IG-Metall Vertrauenskörperleitung der Klöckner-Hütte Bremen und die Landesregierung versuchten, das vergeblich zu verhindern.

Es handelt sich bei der umstrittenen Wurfesendung um ein Pamphlet des Herrn Frey - seines Zeichens Vorsitzender der rechtsradikalen Deutschen Volksunion - in einer Auflage von 341 000 Stück zur Landtagswahl am 13. September dieses Jahres.

„Beigelegt sind ‚Stimmkarten‘ für einen ‚Bürgerantrag Ausländerbegrenzung‘, auf denen unter anderem gefragt wird, ob deutsche Arbeiter den Vorrang vor Ausländern haben sollen und ob man für Gesundheitskontrollen bei aus gefährdeten Gebieten einreisenden Ausländern (z.B. im Hinblick auf Seuchen wie Aids) sei.“ (FR 28.3.87)

Daß diese Ausländerhetze trotz der massiven Proteste vertrieben wurde, dafür sorgte die Post und das Bremer Verwaltungsgericht.

Der Hauptvorstand der deutschen Postgewerkschaft äußerte sich besorgt darüber, „daß die Bundespost zunehmend zur Verbreitung von rassistischem und ausländerfeindlichem Gedankengut mißbraucht werde.“ (TAZ 7.4.87)

Vergleicht man die buchstäbliche Vertriebswut der Post an dieser Stelle mit ihrem Einsatzzeifer, wenn es um eine Wurfesendung zur Aufklärung über den Volkszählungsboykott geht, so spiegelt das Ergebnis einfach nur gegenwärtige bundesdeutsche Politik wieder. Die Aufklärung über den Volkszählungsboykott wurde nämlich nicht verteilt - und damit basta. Diesen Beschluß

fällte die Post in Erbach im Odenwald postwendend und aus freien Stücken. (TAZ 24.3.87)

Und ganz nebenbei: Wenn der Papst München besucht, gibt's selbstverständlich eine Sondermarke der Deutschen Bundespost. Ob der Papst wohl Politik macht oder nicht, brauchen wir uns nicht fragen, denn was Politik ist und was nicht, welche politischen Aussagen auf Briefkuverts prangen dürfen und welche nicht, ist von Fall zu Fall unterschiedlich und liegt jedenfalls nicht im Ermessen von uns. Die Postverordnung legt zwar fest, daß strafrechtlich verfolgte Aussagen außen auf Briefen oder in Wurfesendungen nichts zu suchen haben. Was aber verboten ist und was nicht ist, logisch oder nicht, eine Folge politischer Machtverhältnisse.

Bundeswehr übt gegen Friedensbewegung

Im Februar hat die Bundeswehr in Koblenz die Abwehr gegen einen Angriff der Friedensbewegung geübt. Mit einem Spruchband „Enträstet Euch aus der NATO“ haben dabei etwa 20 als verummte Männer getarnte Soldaten vor der Kaserne demonstriert und Steine geschleudert. Die Bundeswehr machte von der Schußwaffe Gebrauch. (TAZ 13. 2. 87)

Tierbefreier = Terrorist

Die Generalbundesanwaltschaft hatte Klage gegen Tierbefreier erhoben wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Der Vorwurf mußte zurückgezogen werden, die Anklage lautete „nur“ noch auf Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129). Trotzdem dürfte die erste Anklage der Staatsanwaltschaft genutzt haben, denn der § 129 a ermöglicht im Zuge der Ermittlungen Telefonüberwachung und weitgehendes Observieren der Betroffenen und deren Bekannten. Das war die erste Probe des neuen Instruments - der § 129 a wurde im Januar '87 erweitert. (TAZ 6.5.87)

In Bayern Café Normal

Bayern hat eine neue „normale“ Polizeitaktik. Veranstaltungen werden nicht vorher verboten, sondern erst, nachdem alle Teilnehmer anwesend sind. Die Begründungen für diese Verbote werden immer abenteuerlicher. Staatsanwaltschaft und Polizei geben sich nicht mal mehr die Mühe, ihr Vorgehen irgendwie zu legitimieren. Neuester Fall: der Überfall aufs „Café Normal“. Per Flugblatt wurde zu einer Veranstaltung eingeladen, die zur Lage in Palästina und zur „Rolle der BRD im imperialistischen Krisenmanagement“ informieren sollte. 400 Polizisten stürmten das Lokal, filmten, fotografierten und erfaßten die 40 Teilnehmer erkennungsdienstlich, wie üblich eine mehrstündige Prozedur, bei der die Festgenommenen bewußt gedemütigt werden sollen.

Dabei war das Kreisverwaltungsreferat, zuständig für das Verbot pünktlich zu Veranstaltungsbeginn, nicht in der Lage, das Verbot zu begründen. Laut SZ (6.4.87) hatte es keine eigenen „Erkenntnisse“ und auch das Einladungsflugblatt gab nichts her. Da wurden die Spezialisten der Bundesanwaltschaft zu Hilfe gezogen und die fanden etwas: Sie erinnerten sich, daß in einer „Untergrundzeitschrift“, die angeblich aus dem inneren Kreis der RAF stammt, „Sympathisanten“ aufgefordert wurden, Veranstaltungen zum „Palästinenserproblem“ durchzuführen. Das hat gereicht, der Zusammenhang ist offensichtlich.

Nach Meinung der Polizei verlief daraufhin alles nach Recht und Gesetz. Gegen die Einrichtung einer „Kontrollstelle“ gibt es keine Rechtsmittel. Bleibt die Empörung gering, dann wird dieses Vorgehen bei Internationalismus-Veranstaltungen zum Präzedenzfall.



Dieser Artikel wurde der Frankfurter Rundschau entnommen.

Asyldebatte wirkte sich aus

Gewalt gegen Ausländer nahm in Niedersachsen 1986 zu

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 3. Mai. Über vermehrte ausländerfeindliche Aktivitäten hat jetzt das niedersächsische Innenministerium berichtet. Rechtsextremisten hätten die politischen Auseinandersetzungen um das Asylrecht nach Kräften genutzt, um ihre seit Jahren betriebene Agitation gegen Ausländer zu verstärken, heißt es im „Verfassungsschutzbericht 1986“, den das Ministerium in der vergangenen Woche vorlegte. Die teilweise emotional geprägte Asylrechtsdiskussion habe dazu beigetragen, auch die Hemmschwelle vor ausländerfeindlicher Gewaltkriminalität zu senken.

Seit Jahresmitte 1986 listete die Verfassungsschutzbehörde in Niedersachsen 25 Vorfälle auf. Wiederholt wurden Nebel- und Reizgasgranaten in Asylantenunterkünften geworfen (in Döttingen, Goslar, Gronau und Asendorf), die Fensterscheiben von Wohnheimen wurden eingeschlagen, die Gebäude mit „Ausländer raus“ oder ähnlichen Parolen und mit Hakenkreuzen beschmiert, die Heimbewohner in anonymen Anrufen und Briefen bedroht.

Der Bericht erwähnt auch Brandanschläge auf Ausländerunterkünfte (in

Hannover, Melle und Gronau) und tätliche Angriffe auf einzelne Ausländer, die teilweise schwer verletzt wurden. Bei einer ausländerfeindlichen Propagandaaktion in der Nähe von Hannover wurden als Täter mehrere Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“, der Jugendorganisation der NPD, gestellt. Sie waren bewaffnet. Neben Parolen wie „Ausländer nein danke“ hatten sie auch Zettel der NSDAP/Aufbau-Organisation mit Hakenkreuz und der Aufschrift „Wir sind wieser da“ geklebt.

Der Verfassungsschutzbericht belegt ferner, wie die neonazistische Presse Ausländerfeindlichkeit anstachelte. Neben dem NDP-Organ „Deutsche Stimme“ und der „Deutschen National-Zeitung“ zielt der Bericht die in Coburg erscheinende Monatszeitschrift „Nation Europa“, wo es hieß: Wer „einem modernen Liberalismus zuliebe Anwesenheit oder gar Zuzug nicht assimilierbarer Völker“ dulde, stelle „die Weichen auf zukünftige Bürgerkriegssituationen“.

Die „Vereinigung für gesamtdeutsche Politik“ warnte in ihrem Mitteilungsblatt „Deutschland“ davor, daß der Bundesbürger durch Aufnahme von Asylanten

„möglicherweise eine Art Virusträger“ finanziere, „die seiner Gesundheit, seinem Leben zum Verhängnis werden können“. So könne auch die Ausbreitung von Aids auf „eine große Zahl von afrikanischen Asylanten als Seuchenbomben“ zurückzuführen sein. Die „Unabhängigen Nachrichten“ (Bochum) forderten Bekennermut beim Protest gegen Ausländer: „Wer jetzt noch aus Angst vor möglichen Nachteilen zögert, sich zu bekennen, möge bedenken: Der Unwille begriffsstutziger oder ideologisch verblendeter Nachbarn oder Vorgesetzter ist ungefährlicher als das Messer eines asylsuchenden Schwerverbrechers.“ Die „Deutsche National-Zeitung“ und andere Blätter des Münchener Verlegers Gerhard Frey veranstalteten auch eine Spendenaktion für die „Bürgerinitiative“, die für die KZ-Kommandanten von Bergen-Belsen und Neuengamme und weitere nach dem Krieg von der britischen Besatzungsmacht hingerichtete SS-Leute eine Gedenkstätte in Hameln plante. Im Verfassungsschutzbericht sind wieder zahlreiche antisemitische Schmieraktionen sowie Schandungen jüdischer Friedhöfe und der Gedenkstätte Bergen-Belsen verzeichnet.



SZ-Zeichnung: P. Leger

Antifaschisten in Aktion

Der Volkszählungskanzler

Hochverehrtes Publikum!
Stelln Sie sich ein bißchen um uns herum!
Mein Name ist - na? - Wer kennt den Reim?
Helmut Kohl natürlich - Ihr Mann aus Oggersheim!

Warum ich hier spreche? Na hörn Sie mal -
Sie wissen doch - es geht um Ihre Zahl!
Die Volkszählung sagen die Linken heute,
Sei gegen die Arbeiter, die kleinen Leute.

Nichts von dem ist natürlich wahr!
Alles Lüge und alles Blabla!
Von wegen - wir würden das Volk überwachen -
Da kann ich nur herzlich und schallend lachen!

Beim Zählen wolln wir doch nur erreichen
Ein bißchen mehr Übersicht und dergleichen.
Die Leute sollen gewärtig sein:
In die Wohnung schaut künftig ihr Blockwart herein.

Ihr Kumpel, der die Volksstimmung mißt,
Uns Mitteilung macht, wenn es nötig ist.
Natürlich wird er sie gar nicht stören,
Er schleicht ja und flüstert und ist kaum zu hören!

Um 1 h r Wohl - nur darum geht es hier!
Mein Innenminister bürgt dafür!
Hat er nicht hinlänglich immer bewiesen,
Daß Zucht und Ordnung ihn nie verließen?

Hat dieser Mann nicht Ihr volles Vertrauen,
Der Freund und Helfer, auf den Sie bauen?
Ein Meineid hin, ein Meineid her -
Meine Damen und Herren, wen juckt das so sehr?

Ich meine er kommt doch aus gutem Haus
als Musterschüler von Franz Josef Strauß!
Und seine juristischen Fähigkeiten
Das geltende Recht aufzuarbeiten,

Bedürfen der Achtung aus gutem Grund:
Wir schlagen den Motzern jetzt auf den Mund!
Fritz Zimmermanns Richter und Polizei -
Bei jedem Rechtsbruch sind sie dabei!

Bei ihm, da können Sie sicher sein,
Hat alles Ordnung und kommt in Kartei!
Wer seinen CS-Duft zu spüren bekommt
Der weiß auch warum und wieso ganz prompt!

Kurz - Fritz ist die beste Garantie
Für Datenschutz auch in Bezug auf Sie!
Und eins will ich Ihnen hier mal sagen,
Damit das klar ist in diesen Tagen:



Wer niemals den Mund zur Klage aufmacht,
Demonstriert und sich wehrt, den Kanzler auslacht,
Wer tapfer trägt den Sozialabbau,
Die Aufrüstung lobt und den Mietenverhau,

Wer brav auf die Straße sich setzen läßt,
Nicht streikt und jeden Tag betet - ganz fest -
Wie sollte denn den die Zählung verschrecken?
Jasager brauchen sich nicht verstecken!

Fast hätt 'ich das Wichtigste nicht genannt:
Die Volkszählung schafft auch das Glück im Land!
Arbeitslose gibt es nicht mehr!
Von den Faulenzern werden die Straßen leer!

Als Garanten dafür nenn' ich diesen Herrn -
Er versprach mir's - ich glaub's ihm wirklich gern!
Dann - schau'n Sie die Obdachlosen an!
Durch Zählen schaffen wir Wohnraum heran!

Die Hausbesitzer und Spekulanten -
Durch das Zählen werden sie Humanisten!
Mehr Kindergärten wird es dann geben -
Sie werden das Paradies erleben!

Das Chaos werden wir für Sie planen.
Dateimäßig werden wir alles verzahnen!
Wir schaffen die große Harmonie
Unsere Stützen dabei? Hier sehen Sie die!

Zuletzt noch die Kosten, damit Sie es wissen:
Nur eine Milliarde wer'n Sie vermissen!
Was ist das schon in unserer Zeit?
Wo alles nur nach dem Sparen schreit?

Es sind so drängende Investitionen
Wie für den Papst die zwanzig Millionen!
Nun gut, das wär's - ich möchte noch heute
Als Beispiel vorangehn für die Leute

Ich laß mich hier zählen - ja ganz geheim!
Köhl, Helmut, Kanzler, Bonn am Rhein.
Hab' niemals im Leben etwas verbrochen,
Bin immer den Reichen ins Arschloch gekrochen.



Eine Aktion der Aufrührer und des
Anti-Strauß-Komitee

Gratulation an die Antifaschisten in Kassel ...

Erstmals in der Geschichte der BRD wurde an einem „Ehrenmal“ für die Gefallenen der Kriege eine Gedenktafel für Soldaten angebracht, „die sich dem Kriegsdienst für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft entzogen haben und dafür verfolgt und getötet wurden“. (SZ 11. 5. 87)

Kasseler Antifaschisten führten einen langen Kampf um diese Gedenktafel und riefen damit die gesamte Reaktion auf den Plan. Neben alten Faschisten- und Wehrmachtstraditionsverbänden, die sich regelmäßig an dem Kasseler Mahnmahl sammelten, sträubten sich auch CDU und FDP mit Händen und Füßen. „Deserteuren ein Denkmal zu setzen, kann nur als Provokation aufgefaßt werden“, erklärte ein FDP-Sprecher. (Wir berichteten im DID Nr. 60)

Der Sprecher der Kasseler Soldaten- und Kriegsoffiziersverbände hatte der Stadt angedroht, daß sie den Volkstrauertag nicht mehr am „Ehrenmal“ begehen und auch ihre eigene Gedenktafel entfernen würden, wenn eine entsprechende Tafel für Deserteure angebracht wird. Wir hoffen, daß er sein Versprechen wahr macht, denn Entfernenswertes gibt es genug, z.B.: „In Kämpfen um Bestand und Größe des Vaterlandes starben in treuer Pflichterfüllung den Heldentod“ und unter der Überschrift „Panzerdivision Großdeutschland“: „Es wurde gespannt ein einig Band um alles deutsche Land.“

... und in Bremen

In Bremen hat eine Gruppe von Pazifisten ein Denkmal im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus aufgestellt. Es ist den 14.000 deutschen Soldaten gewidmet, die im Zweiten Weltkrieg wegen Desertion hingerichtet wurden. Der Soldatenkopf des Denkmals trägt einen aktuellen Helm aus Nato-Beständen und wurde eingeweiht mit den Worten: „Wir sind die Deserteure von morgen“. (Zeit 1.5.87)

Auch in Bremen schäumte die gesamte Reaktion. Der offizielle Reservistenverband der Bundeswehr sprach von einem Schandmal, ein Bremer Kommandeur ließ verlauten, daß es keinem Soldaten in Uniform zuzumuten sei, das Bürgerhaus zu betreten. Die lokale CDU bezeichnete das Denkmal als

Aktion gegen die Bundeswehr und Verteidigungsminister Wörner forderte brieflich die Demontage. Laut CDU ist das Denkmal eine Verhöhnung aller im Krieg gefallenen oder verwundeten Soldaten (FR 14./19.3.87), und die Junge Union macht die Opfer zu den Tätern: „Die wegen einer solch schweren Pflichtverletzung verurteilten Soldaten waren in den vergangenen Kriegen oft Schuld am Tod ihrer Kameraden“. (TAZ 25.3.87)

Doch einen Antrag auf Beseitigung des Denkmals, gestellt von der CDU in der Bremer Bürgerschaft, lehnten SPD und Grüne ab. Gerd Meyer vom Gustav-Heinemann-Bürgerhaus: „Ich freue mich darüber ... Wir sollten nicht vergessen, daß wir in einem Land leben, in dem es ein Marinerichter, der wenige Tage vor Kriegsende einen jungen Deserteur noch zum Tode verurteilte, immerhin zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg brachte.“ (Zeit)

Noch gibt es ein Recht

Wenn vorrangig in Bayern frisch fröhlich von der Straße weg verhaftet wird, was sich bewegt und auf zwei Beinen geht, wenn die Unverhältnismäßigkeit die Grenzen des Gesetzes überschreitet, Pressefreiheit unter Strafe gestellt, angemeldete Kleinstversammlungen von gigantischen Filmwägen observiert, von Heerscharen Polizei belagert und unter Vorgabe fadenscheiniger Gründe dreißig Mann verhaftet werden, dann sollen wir vor Angst unsere Worte verschlucken, es müsse bei den Gänseblümchen zuwenden und vergessen, daß wir gestern zu Recht unser Leben schützen und unsere Demokratie verteidigen wollten.

Die Gänseblümchen können warten. Das meint auch Richter Ruhdorf, wenn er einen 36jährigen Lehrer aus Bruck in der Oberpfalz freispricht. Auch, wenn der ehemalige Staatssekretär Max Fischer meint, es müsse bestraft werden, ein Plakat im Auto liegen zu haben, auf dem getreu der Wahrheit geschrieben steht: „Am Beispiel der Atomfabrik Wackersdorf: Kriegsvorbereitung des Polizeistaates in Aktion“. 2.800 DM schienen dem Staatsanwalt als Preis für diese klare Formulierung angemessen. Richter Ruhdorf hielt diese Kritik in Zusammenhang mit der „Oberpfälzer Atommüllfabrik“ für gerechtfertigt und verteidigte mit seinem Freispruch die Meinungsfreiheit. So muß Mäxchen Fi-

scher mit dieser „bösen Beschimpfung der Bundesrepublik“ ganz alleine fertig werden und irgendwie verarbeiten, daß die freistaatliche Gedankenverordnung noch nicht jedem das Hirn vernebelt hat.

Und weil Ruhdorf nicht der einzige im Kreise richterlicher Justiz ist, der sich an demokratische Grundregeln zu erinnern vermag, mußte Franz Josef (gerade von seiner letzten Beleidigung genesen) sein erhitztes Gemüt vorläufig zur allseitigen Abwechslung in völliger Eigenregie abkühlen; denn Richter Fuchs am Amtsgericht zu Wolfratshausen hat den „bösen Guglhupfa“ nicht verboten zu singen: „Oan gibts, der fria vehement/an Nazischwerl is nochegrennt/heit sitzta drin im Parlament/is gor Ministerpräsident.“

Nachdem inzwischen hinlänglich bekannt sein dürfte, daß unser ehrenwerter bayerischer Ministerpräsident am 1.5.1937 dem nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) beitrug und später in der Flakartillerie Schule IV Altenstadt als „weltanschaulicher Referent“ gedient hat, ist der „Guglhupfa“ Gstanzttext eine angemessene Satire. „Die Musikdarbietung stellt Kunst dar“, so der Richter. „Die eindeutige politische Absicht des Liedes vermag am Vorliegen von Kunst nichts zu ändern, da auch enagizierte Kunst geschützt ist. Das Grundgesetz gewährleistet die Kunstfreiheit vorbehaltlos.“

Mit dem Verbot von Kunst tut sich Strauß besonders hart. Nachdem Strauß es nun seit sechs Jahren nicht geschafft hat, den Strauß-Darsteller in einer Aufführung des Brecht-Gedichts „Der Anachronistische Zug“ verurteilen zu lassen, wurde ein Verfahren gegen ein weiteres Brecht-Gedicht bereits von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Vergeblich hatte die Münchner Polizei bei zwei Aufführungen der „Legende vom toten Soldaten“ versucht, eine im Stück vorkommende Fahne zu beschlagnahmen. Weil die Fahne auf der einen Seite die der Bundesrepublik und auf der anderen Seite die des Deutschen Reiches war, hatten die Polizisten die Fahne zweimal den Darstellern entwendet, konnten sie aber gegen das aufgebrachte Publikum nicht verteidigen. Ohne Corpus delicti wollte die Staatsanwaltschaft wohl keinen Prozeß riskieren und stellte ein.

Noch ist der Polizeiapparat nicht allmächtig. Auf Druck der Öffentlichkeit und weil die Betroffenen sich nichts haben gefallen lassen, mußte die Hamburger Polizei vor Gericht einen Dämpfer einstecken. Der Hamburger Kessel: „Ein Großteil der ... eingeschlossenen Atomkraftgegner mußte viele Stunden

auf engem Raum ohne Versorgung aus-
halten. Danach wurden viele der Be-
troffenen noch in Kasernen oder auf
Polizeiweihen bis in die Morgenstun-
den des folgenden Tages festgehal-
ten." (FR 7.3.87)

Die Betroffenen haben gegen das Vor-
gehen der Hamburger Polizei geklagt
und pro Kopf ein „symbolisches“
Schmerzensgeld von DM 100 gefor-
dert. Die Zivilkammer des Landgerich-
tes befand die Einkesselung durch die
Polizei als Verletzung der Amtspflich-
ten und sprach jedem der Betroffenen
DM 200 Schmerzensgeld zu.

Demokratisch gesinnte Richter werden
direkt mutig, wenn sie eine entspre-
chende Öffentlichkeit hinter sich spü-

ren, reaktionäre Richter vorsichtig,
wenn ihr öffentliches Ansehen leidet.
Das gilt selbst noch in Bayern.

Die Geschäftsführerin Thekla Kastner
der Münchner Buchhandlung „Adal-
bert 14“ sollte nämlich wegen „fahrläs-
siger Veröffentlichung“ nach § 11
(Mitwirken an Veröffentlichungen
strafbaren Inhalts) des bayerischen
Pressegesetzes zu einer Strafe von
DM 900 verurteilt werden. Tatbe-
stand: Auslegen des „Freiraum“ im
Laden. Leider konnte dem
„Freiraum“, trotz redlicher Bemühun-
gen seitens der Staatsanwaltschaft, bis-
her kein strafbarer Inhalt nachgewie-
sen werden. Es hat sich vielleicht kein
Paragraph finden lassen, dessen Dehn-

barkeit dem Ansinnen der Staatsan-
waltschaft entgegengekommen wäre.
Aber man ist ja zu solch wendischer
Zeit bereits dankbar, wenn das Ge-
setz - sei es gedehnt oder geschrumpft -
überhaupt Beachtung findet. Thekla
Kastner wurde also freigesprochen -
kein Wunder eigentlich - und trotzdem
in Bayern inzwischen bemerkenswert.
Es ist vermutlich besser für das Anse-
hen der Staatsanwaltschaft, daß das
Verfahren gegen die Buchhandlung
„Trampelpfad“ in gleicher Sache wegen
eines Formfehlers eingestellt wurde.
Der Verhandlungstermin gegen die
„Basis Buchhandlung“ steht noch aus.

Schülerdemo



Am Montag, den 1. Juni demonstrier-
ten in München ca. 5.000 Schüler
gegen die Verkürzung des 13. Schuljahres
zu gunsten des „Dienstes für's Vater-
land“.

Wie schnell rechnen die Verantwortli-
chen in Bayern eigentlich mit dem
Ausbruch des 3. Weltkriegs? Mit dem
„Notabitur“ in der Tasche wurden im
1. und 2. Weltkrieg die jungen Männer
in den Tod geschickt.



An die Kollegen Strauß-Kritiker von der SPD

Liebe Kollegen,

tatsächlich ist es üblich geworden, daß - gleichgültig was man sagt - Strauß seine Kritiker per bayerischer Gerichtsin- stanz bekämpft. Dabei können wir noch geehrt sein, denn mit „Ratten und Schmeißfliegen“ prozessiert er erst gar nicht.

Doch nun zum Kern: Ihr, d.h. die Kol- legen Scheuble und Raithel von der Pressestelle der Landtagsfraktion seid zu sage und schreibe 90 Tagessätzen mit zusammen DM 200,-, also 18.000,- verurteilt worden. Das alles wegen der Behauptung, Strauß hätte nach Tschernobyl den Humusboden seines Vorgar- tens abtragen lassen. Angeblich lag das Problem darin, den Nachweis für diese Behauptung zu erbringen.

Wir vom Anti-Strauß-Komitee, als er- fahrene Strauß-Kritiker und beliebte Prozeßgegner von Strauß und seinem Privatkäfiger Ossmann schlagen Euch vor, in Zukunft massiver gegen Strauß vorzugehen. Das beeindruckt sogar die Gerichte und macht zudem die Pro- zesse billiger.

Z.B. die Behauptung von zwei ASK- Mitgliedern: „Strauß deckt Faschisten“ wäre im Gegensatz zum Humusboden leicht zu belegen gewe- sen, weswegen das Gericht einen ent- sprechenden Beweisantrag sicherheits- halber erst gar nicht zuließ. Mit der Ar- gumentation, das Anti-Strauß-Komitee wolle prinzipiell die Person Strauß mit den Faschisten gleichsetzen, verurteil- te das Gericht wegen Beleidigung. Auf so schwammigem Boden fühlen sich die Richter wohl selbst nicht wohl: die Strafe betrug 30 Tagessätze mit je DM 40, also DM 1200.

Mit solidarischen Grüßen bitten wir Euch zu prüfen, ob ihr statt Straußens eventueller Angst vor dem Atom nicht besser die Gefahr darstellt, die von Strauß für die Demokratie ausgeht. Nicht nur wegen der geringeren Kos- ten.

Für die Redaktion des Demokratischen Informationsdienst Edmund Trageser

Fortsetzung von Seite 20, Hans Klein

zen Marionetten des südafrikanischen Apartheidregimes zusammensetzen. Zu den jeweiligen Einsetzungsfierlich- keiten eilte Klein als Botschafter von Strauß nach Windhoek. Im Deutsch- landmagazin 7/85 faßt er seine Erleb- nisse in dem „Land, das bis heute ein von Deutschen geprägtes Gesicht trägt“, zusammen: ... daß zwar der Weltsicherheitsrat und die UNO das „Namibische Friedensprojekt“ (er meint damit die derzeitige Regierung, die von der UNO nicht anerkannt wird. Für die UNO ist die Befreiungs- bewegung SWAPO die rechtmäßige Vertreterin des namibischen Volkes.)

nicht anerkennt, daß Südafrika der Übergangsregierung weder außen- noch sicherheitspolitische Kompetenzen übertragen habe (daß sie also nichts zu sagen hat), aber das macht alles nichts. Die neue Regierung „muß ernst ge- nommen werden und verdient die volle Unterstützung der freien Welt, be- sonders aber der Bundesrepublik Deutschland, die eine besondere Ver- antwortung für Namibia trägt.“ (Strauß in der Grußbotschaft, die Klein über- mitteln durfte)

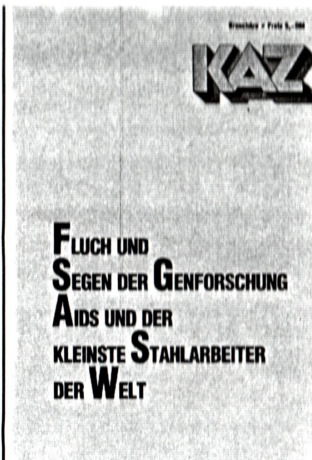
WER ist Hans Klein?
Ein Diener seines Herrn, in Treue fest.

Brief an alle Antifaschisten

An alle Antifaschisten!

Das letzte Jahr hat wieder gezeigt, daß Nazibanden in unserem Land eine reale Gefahr darstellen. Kaum waren die Signale auf offenen Rassismus gestellt, brannten die ersten Unterkünfte von Asylbe- werbern. Die Anschläge reißen seit dem nicht mehr ab. Offizielle Statistiken gibt es nicht, aber alleine in Niedersachsen zählte die TAZ 10 Anschläge in 5 Monaten. Kein einziger Täter wurde bisher ermit- telt. Der Eifer der Polizei ist gering.

Zum Teil mehr zufällig machen Freunde und Mitglieder des ASK Beobachtungen, z.B. daß Busse in München ist, oder daß eine bestimmte Kneipe ein Nazitreff ist, oder daß sie ein bestimmtes Auto fah- ren etc. Solange diese Informationen verstreut sind, sind sie relativ wertlos. Deshalb will das ASK eine Kartei über Nazibanden anlegen. Wir bitten Euch also, alle Beobachtungen - Nazis betreffend - an das ASK weiterzuleiten. Schreibt auch scheinbare Kleinigkeiten auf. Wenn ihr Namen oder Treffs kennt, oder sogar Fotos habt, gebt diese weiter an die DID-Redaktion oder an ASK-Mitglieder. Den Schutz- gen Faschisten müssen die Antifaschisten selbst übernehmen..



Aus dem Inhalt:

Genforschung - Fluch oder Segen - Und sie bewegt sich doch! - Der Mensch stirbt nicht am Brot allein - Dünge aus der Luft - Über Bioreaktoren - Der Abfall der Gegenwart ist der Rohstoff der Zu- kunft - Menschenleere Fabriken - menschliche Produktion - Wie spart man Energie? - Wissen ist Macht - Patentiertes Leben - Nützliche Infektionen - Das Weizenfeld im Reagenzglas - Ist die Gentech- nik überhaupt beherrschbar? - Mordweizen - Wann züchten wir Astronauten mit Greifschwänzen? - Weshalb überlebt der Mensch? - Neuere Kapitel aus der Geschichte der Scheinheiligkeit
AIDS - Ein Virus aus dem afrikanischen Busch oder aus der Retorte? - Virus aus dem CIA Labor? - Wie zuverlässig sind die AIDS-Tests überhaupt? - Viren mit schwarzer und Viren mit weißer Haut? - Isländische Schafe im afrikanischen Busch? oder: Mit wem ist das AIDS-Virus verwandt? - AIDS - eine „Alltag“ der Forschung? - Lebende Reagenz- gläser - Wächst das Rettende auch?

Wer es wirklich wissen will, kauft sie.

5,- DM

Die zweite Auflage ist vergriffen. Die dritte folgt An- fang Mai. Bestellungen an den Verlag Freies Buch.

Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen
Sie haben Gefängnisse und Festungen
(Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht!)
Sie haben Gefängniswärter und Richter
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
Glauben sie denn, daß sie uns damit kleinkriegen?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts
mehr nützt.

Sie haben Zeitungen und Druckereien
Um uns zu bekämpfen und mundtot zu machen
(Ihre Staatsmänner zählen wir nicht!)
Sie haben Pfaffen und Professoren
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
Müssen sie denn die Wahrheit so fürchten?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts
mehr nützt.

Sie haben Tanks und Kanonen
Maschinengewehre und Handgranaten
(Die Gummiknöpfe zählen wir nicht!)
Sie haben Polizisten und Soldaten
Die wenig Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
Haben sie denn so mächtige Feinde?
Sie glauben, da muß doch ein Halt sein
Der sie, die Stürzenden, stützt.
Eines Tages, und das wird bald sein
Werden sie sehen, daß ihnen alles nichts nützt.
Und da können sie noch so laut »Halt!« schrein
Weil sie weder Geld noch Kanone mehr schützt!

Bertolt Brecht